

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 7 Juli 2009 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei

Fußball und Gewalt

In dieser Ausgabe:

Vereinbarkeit von Beruf und Familie:
Polizeieinsatz und Familienarbeit

Familienpolitik:
Kredit ohne sichere Perspektive

Abschiebung ausländischer Straftäter:
Ohne Papiere nichts zu machen?

Junge Gruppe

Geschichte:
Projekt „Die Polizei im NS-Staat“

Migration:
Den Islam einbürgern?

Polizeieinsatz und Familienarbeit

Um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können, hat die GdP-Frauengruppe ein Positionspapier beschlossen, das die wichtigsten Faktoren einer „guten Vereinbarkeit“ und Forderungen zu ihrer Verbesserung enthält.

Seite 17

Polizei im NS-Staat

Das NS-Regime konnte sich von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang auf die Polizei stützen. Den näheren Umständen dieses Phänomens wird ein groß angelegtes Projekt der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster nachgehen.

Seite 23

Den Islam einbürgern?



„Verschärfte sozioökonomische Ausgrenzung könnte Teile der Muslime auf die Insel einer dialogunwilligen, dogmatischen Religion zurückdrängen“, meint Prof. Dr. Neumann, Institut für Theologie bei der Universität Hannover. Was macht Integration so schwierig?

Seite 26

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Verantwortung einfordern	4
FORUM	4/5
TITEL GdP-Fußball-Gipfel für gewaltfreie Spiele	6
Gewaltproblem lösen	11
Die GdP fordert	12
ARBEITSBEDINGUNGEN Systematisch überfordert	14
FAMILIENPOLITIK Kredit ohne sichere Perspektive	16
VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE Polizeieinsatz und Familienarbeit	17
ANKÜNDIGUNG / ANGEBOTE Motorradtreffen, Schwules DGB-Jugendcamp im August, Seminare	19
EUROCOP Wir müssen mehr mit unseren Polizisten reden	20
RECHT Neue Rechtsprechung zum Urlaubsrecht, Meinungsäußerungsfreiheit bei Kritik am Vorgesetzten	21
TARIFPOLITIK Stand der Entgeltordnung	22
GESCHICHTE Projekt „Die Polizei im NS-Staat“	23
MIGRATION Den Islam einbürgern?	26
ABSCHIEBUNG AUSLÄNDISCHER STRAFTÄTER Ohne Papiere nichts zu machen?	36
RECHT Arbeitszeitrichtlinie bleibt	37
JUNGE GRUPPE	38
BÜCHER	40
IMPRESSUM	40



Nachruf



Am 11.6.2009 ist in Hessen der 31-jährige Wachpolizist Michael Roque in Ausübung seines Dienstes ums Leben gekommen. Beim

Absichern einer Unfallstelle auf der A 66 wurde er von einem ins Schleudern geratenen Transporter erfasst und so schwer verletzt, dass er wenig später seinen Verletzungen erlag.

Wir drücken den Hinterbliebenen unser tiefes Beileid aus.

Gewerkschaft der Polizei
Der Bundesvorstand

Spendenauf Ruf

Der 31-jährige Michael Roque hinterlässt eine Lebensgefährtin, die ein gemeinsames Kind erwartet. Um zumindest im finanziellen Bereich für eine Entlastung zu sorgen, hat der Personalrat PP Südosthessen bei der Städtischen Sparkasse Offenbach ein Spendenkonto eingerichtet.

Konto-Nr.: 05161492

BLZ: 505 500 20

Stichwort: Michael Roque

Für jegliche Unterstützung bedanken wir uns auch im Namen der Angehörigen, denen unsere aufrichtige Anteilnahme gilt.

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Rudolf Ott, Vorsitzender
des Personalrats PP SOH

GEWALT-STUDIE:

Schnell umsetzbare Ergebnisse nötig

Als einen dringend notwendigen und von der GdP hartnäckig geforderten Schritt hat der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg den Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) bezeichnet, das Phänomen der in den letzten Jahren

DGB-TERMIN BEI DER BUNDESKANZLERIN:

Krise überbrücken



v. l.: Konrad Freiberg (Bundesvorsitzender der GdP), Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Klaus Wiese (Vorsitzender IG Bau), Michael Sommer (DGB-Vorsitzender)

Foto: Bundespresseamt

Zu einem Arbeitssessen mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel trafen sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften am 9. Juni 2009 im Berliner Bundeskanzleramt. Schwerpunkte des Meinungsaustausches waren die aktuellen Krisenherde Opel und Arcandor sowie die gewerkschaftliche Bewertung der bisher zur Eindämmung der Finanz- und Wirtschaftskrise von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen. Die Bundeskanzlerin dankte den Gewerkschaften sowie den Betriebs- und Personalräten, die „in dieser augenblicklich sehr schwierigen Zeit in erheblichem Maße einen Beitrag dazu leisten, dass wir diese Krise überbrücken, wo immer das möglich ist.“

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erinnerte in seiner Erwiderung an die wichtige Rolle der Gewerkschaften in dieser Krise und verwies auf die Hoffnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die diese mit der Arbeit der Gewerkschaften, aber auch mit den Maßnahmen der Bundesregierung, verknüpften.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg berichtete der Kanzlerin über die starke Zunahme massiver Gewalttätigkeiten gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten sowie über die hohe Belastung der Einsatzkräfte bei Großveranstaltungen und im Fußballgeschehen. Die Bundeskanzlerin zeigte sich der Thematik gegenüber sehr aufgeschlossen und bot an, im Gespräch zu bleiben. *red.*

eklatant gestiegenen Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte untersuchen zu lassen. Wie die massiven Gewaltausbrüche gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten am letzten 1. Mai und im Zusammenhang mit anderen Großeinsätzen oder Fußballspielen zeigten, müssten die Einsatzkräfte immer häufiger schwerste Verletzungen befürchten und sogar um ihr Leben bangen.

Daher müsse die Gewalt-Studie zu schnell umsetzbaren Ergebnissen führen. Die wissenschaftliche Betrachtung der

Gewalt gegen die Polizei, sei, so Freiberg, zwar ein wesentlicher Schritt, um Handlungsansätze aufzuzeigen, doch müsse jetzt die nachhaltige, personelle Stärkung der Polizei, insbesondere der Bereitschaftspolizeien, Priorität besitzen: „Dabei darf sich kein Land aus Kostengründen wegducken. Die Konsequenz muss dann eben sein, dass polizeiliche Nachbarschaftshilfe nicht mehr gewährt wird und Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen ausfallen müssen.“ *red.*



POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2008:

Verrohung schreitet voran



Der IMK-Vorsitzende und Bremer Innensenator Ulrich Mäurer, Dr. Wolfgang Schäuble und Antje Sirleschtov vom Vorstand der Bundespressekonferenz bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik.
Foto: Michael Zielasko

Angesichts eines in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2008 registrierten Rückgangs der Gesamtkriminalität um 2,7 % fordert der GdP-Bundsvorsitzende Konrad Freiberg eine sorgfältige Analyse der Kriminalitätsentwicklung. Vor allem die auf den ersten Blick positiven Entwicklungen bei Gewaltdelikten mit

einem über dreiprozentigen Minus und bei der Jugendgewalt mit rund minus 6 % relativierten sich schnell, wenn man tiefer unter die Oberfläche schaue.

Die sprunghaft gestiegene Fallzahl von gefährlichen und schweren Körperverletzungen im öffentlichen Raum um über 9 % und die erneut gestiegene Zahl

der Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte zeigten, dass Gewalt, oftmals in Verbindung mit übermäßigem Alkoholgenuss, weiterhin als Geißel der Gesellschaft gelten müsse. „Polizeibeamtinnen und -beamten schlägt zunehmend massive Gewalt entgegen, sei es bei Auseinandersetzungen von Links- und Rechtsextremisten, bei Großereignissen, bei Fußballspielen oder Streitereien in Kneipen oder im Haushalt. Die Verrohung schreitet weiter voran.“, so Konrad Freiberg. Und weiter: „Ich kann nur davor warnen, jetzt aus der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik, ob bewusst oder unbewusst, die falschen Rückschlüsse zu ziehen. Wer diese Zahlen nutzen will, um erneut an der Personalschraube der Polizei zu drehen, ist jedenfalls auf dem Holzweg.“ Vor allem die wachsenden Herausforderungen bei Großeinsätzen, die latente Gefahr von Terroranschlägen, die steigende Internetkriminalität und die zunehmende Gewaltbereitschaft, die Polizistinnen und Polizisten immer häufiger am eigenen Leib zu spüren bekommen, erforderten ein gegenteiliges Vorgehen, nämlich eine spürbare Stärkung der Polizei.

Unter dem Strich, resümierte der Bundesvorsitzende, habe die Polizei erneut mehr als jede zweite Straftat aufgeklärt. Dieser Erfolg sei personellen Engpässen trotzend und durch Millionen von Überstunden hart errungen worden. „Die polizeiliche Arbeit muss von der Politik nachhaltig gesichert werden.“ **red.**

**ARBEITSAUSSCHUSS
BEPO:**

**Bereitschaftspolizei
positioniert sich**

Gewalt gegen die Polizei, insbesondere bei Großveranstaltungen und Versammlungen, bereitet dem Bundesfachausschuss der Bereitschaftspolizei – auch vor dem Hintergrund des jüngst zurückliegenden „GdP-Fußballgipfels“ am 14. und 15. Mai 2009 in Berlin – große Sorgen. Immer heftigere Eskalationen sowie eine permanent ansteigende Gewaltbereitschaft des polizeilichen Gegenübers – selbst bei kleineren Anlässen – sorgen dafür, dass die operativen Einheiten der Bereitschaftspolizeien kaum noch aus ihren Einsatzstiefeln kommen.

Die besondere Situation der BePo in dieser Spirale von Gewalt, veranlasste den



Die Mitglieder des Arbeitsausschusses des BFA BePo in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle

Foto: Treuber

Bundesfachausschuss „BePo“ der GdP, eine eigene Positionierung durchzuführen, in der sich die Bereitschaftspolizei mit all ihren Besonderheiten innerhalb der Polizei darstellt.

In der Sitzung des Arbeitsausschusses, der sich aus dem Vorstand des Bundesfachausschusses BePo rekrutiert, am

27./28. Mai in der Berliner GdP-Geschäftsstelle, wurde das Konzept eines Positionspapiers erarbeitet. Jetzt stehen die Feinarbeiten an. Danach wird das Papier im Bundesfachausschuss sowie in den Ländern ausgiebig diskutiert. DP wird darüber berichten.

Achim Oehling



Verantwortung einfordern

Die neueste polizeiliche Kriminalstatistik liegt auf dem Tisch. Und damit haben wir es nun schwarz auf weiß, was viele unserer Kolleginnen und Kollegen bereits am eigenen Leib erfahren haben: Der Widerstand gegen „Vollstreckungsbeamte“ hat in vielen Bundesländern erheblich zugenommen. In Nordrhein-Westfalen stieg die Zahl um 1.094 auf 6.414 Fälle (plus 20,6 Prozent). Auch in Bremen (plus 18,5 %), Hamburg (plus 7,7 %), Berlin (plus 4 %) und Niedersachsen (plus 3,4 %) gab es deutlich mehr Fälle als 2007. So weit die nüchternen Zahlen. Konkret sieht das so aus: Unsere Kolleginnen und Kollegen werden mit Steinen und Molotowcocktails beworfen, sie werden respektlos beleidigt, bespuckt, bedrängt, hinterhältig, tückisch und gezielt angegriffen. Für extreme Gruppierungen wurden sie zum Feind Nr. 1 erkoren. In Ballungsräumen kommt es fast regelmäßig zu Attacken. In Berlin z. B. sehen sich Einsatzkräfte immer häufiger Zusammenrottungen von Menschen gegenüber, die versuchen, gewaltsam ihre Bekannten aus dem Polizeigewahrsam zu befreien.

Das alles kann man beklagen oder man kann handeln. Die GdP handelt: Zum einen haben wir massiv gefordert, die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten schnellstmöglich wissenschaftlich untersuchen zu lassen, was nun auch endlich geschieht. Die Politik wird sich mit den Ergebnissen dieser Studie auseinandersetzen müssen und wir werden Handlungsbedarf schnellstmöglich einfordern und darauf drängen, dass er konsequent umgesetzt wird. Schließlich fangen wir die Steine stellvertretend für die Politiker und einer verfehlten Politik ab. Denn die Ursachen für steigende Gewalt liegen auf der Hand: gescheiterte Integration, vernachlässigte Erziehung, berufliche Perspektivlosigkeit, persönliches Scheitern. Und weil die Täter Politiker nicht erreichen können, greifen sie sich Polizisten. Das ist eine verdammt besorgniserregende Tendenz.

Zum Anderen haben wir angesichts der zunehmenden Belastungen unserer Einsatzkräfte vor allem rund um Fußballspiele ein Fußball-Symposium organisiert. Denn Woche für Woche zwingen gewalttätige Chaoten und Randalierer unsere Kolleginnen und Kollegen in die Stiefel, um das Größte zu verhindern. Hochrangige und szenekundige Kollegen und Experten haben auf diesem Symposium ein realitätsnahes Bild der polizeilichen Anforderungen und einen Eindruck von den physischen und psychischen Belastungen dieser Einsätze vermittelt. Die GdP hat als Fazit einen Forderungskatalog für die Politik aufgestellt (s. S. 14).

Auch IMK-Vorsitzender Ulrich Mäurer ist der GdP-Einladung zum Symposium gefolgt und nahm kein Blatt vor den Mund. Er sprach von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ bei Demonstrationen und Fußballspielen und davon, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte immer häufiger zu Prügelknaben der Nation würden, die viel mehr einstecken müssten, als früher. Ja, wir halten unseren Kopf für die Politik des Staates hin. Viele Kolleginnen und Kollegen beklagen – auch in Briefen an die DP-Redaktion –, dass sie von der Politik nicht genügend Rückhalt bekommen, dass sie sich allein gelassen fühlen, dass anders reagiert werden müsste ... Unsere Botschaften sind jedenfalls in der Politik angekommen: Der Bremer Innensenator und IMK-Vorsitzende Ulrich Mäurer hatte beide Themen – sowohl die zunehmende Gewalt, insbesondere bei Demonstrationen und im Zusammenhang mit Fußballspielen, als auch die wachsende Aggression gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, zu zentralen Themen der letzten IMK-Sitzung gemacht. Denn der Staat hat nicht nur die Finanzkrise abzufedern, er hat auch die Permanentverantwortung für diejenigen, die sich seinem Schutz verschrieben haben und für den Staat den Kopf hinhalten. Und diese Verantwortung werden wir als GdP ständig einfordern.



forum

Zu: Leserbrief von Simone Müller, DP 4/09

Das, was Frau Müller bezüglich der Migranten schreibt, ist meiner Meinung nach zu pauschal. Es sind nicht DIE Migranten, sondern die Menschen, egal ob Deutscher oder Migrant; und viele so genannte Migranten können de facto solche nicht sein, da sie in der BRD geboren

wurden und somit von Anfang an hier waren. Ich selbst bin so genannter Polizist mit Migrationshintergrund (dummes Wort, denn auch ich bin hier geboren). Ich bin äußerlich als Migrant (nochmals, dummes Wort) zu erkennen. In all den Jahren habe ich sowohl privat, als auch dienstlich die Erfahrung mit einigen deutschen Bürgern (ich benutze nicht DIE Deutschen) ohne Migrationshintergrund (MH) gemacht, die offensichtlich Frau Müller mit Migranten gemacht hat. Ich wurde im Einsatz von deutschen Bürgern ohne MH u. a. als Scheiß-Kanaken-Bulle bezeichnet. Nicht wenige sagten zu mir auch, dass sie Türken hassen würden.

Ist das politische Inkorrektheit oder freie Meinungsäußerung?

Es gab auch den Fall, als nach einer Kneipenschlägerei der deutsche Beteiligte der Auseinandersetzung mir seine Personalien nicht geben wollte, sondern nur meinem deutschen Kollegen. Ich will nichts aufrechnen! Ich will damit nur sagen, dass man nicht einseitige Bewertungen vornehmen „sollte“. Egal welcher Ethnie eine deutsche Polizistin oder ein deutscher Polizist stammt, beide „Gruppen“ haben Probleme im Alltag aufgrund ihrer Herkunft oder Sozialisation.

Wann endlich hören wir in dieser Republik auf, ständig Menschen zwischen



Migranten und Deutschen aufzuteilen? Ich bin hier geboren, aufgewachsen und eingebürgert. Ich sehe mich als Deutschen und das ist gut so!

F. Föger, per E-Mail

Zu: Altersmäßig fortgeschritten, DP 4/09

Auch in diesem Kommentar hat Konrad Freiberg den richtigen Nerv für aktuelle Kritik in der polizeilichen Politik getroffen. Bei den aktuellen Landesvorgaben für Stellenvergabe in NRW ist es so, dass schon in der Ausschreibung das Höchstalter der Bewerber beschnitten wird. Und das, obwohl es sich sicher um Stellen für erfahrene Beamte handeln wird. Ich glaube sehr wohl, dass man gerade auf Mitarbeiter mit umfangreicher Berufs- und Lebenserfahrung in Bezug auf soziale Verantwortung und Funktionalität der Polizei zurückgreifen sollte.

Aber auch die Tatsache, dass die Verwendung lebensälterer Kolleginnen und Kollegen oft nur noch von einem Studium, also II. oder III. Säule abhängt und die Angehörigen der I. Säule bis zum Pensionsalter auf dem Streifenwagen verdammt sind, will mir nicht einleuchten. Als ob von heute auf morgen ein Großteil der Polizeibeamten zur II. Klasse gehören – nur weil wir keine Führungslehre oder Ethik als Unterrichtsfach hatten?

Ein Studium ersetzt noch lange keine Berufs- und Lebenserfahrung, aber das (Dienst-) Alter muss nicht unbedingt einen guten Polizisten ausmachen.

Thomas Müller, per E-Mail

Zu: Schusswaffen im Visier, DP 5/09

Derzeit wird unter dem Aspekt „Win-nenden“ erneut nach Patentlösungen für gesellschaftliche Probleme gesucht. Die eingebrachten Vorschläge erzeugen bei mir Angst. Als Waffensammler befasse ich mich mit der Vergangenheit – und beobachte Entwicklungen, die ich lieber aus historischer Distanz sehen möchte. Dabei spielt es keine Rolle, ob bestimmte negative Entwicklungen durch Unbedachtheit, Dummheit oder gar Vorsatz eingeleitet werden: Es ist der Effekt, welcher zählt – und das ist in diesem Fall der weitere Abbau bürgerlicher Rechte.

Pazifismus äußert sich m. E. nicht dadurch, dass man Bürger unmündig macht. Und die Demokratie rettet man nicht dadurch, dass man wesentliche Prinzipien des Zusammenlebens über Bord wirft. Und einen Staat bringt man dadurch am leichtesten aus der Bahn, indem man die staatstragenden Gruppierungen gegeneinander antreten lässt.

*Gregor Wensing,
Kulturreferent des Kuratorium
zur Förderung historischer
Waffensammlungen e. V.*

Zu: Maikrawalle, DP 6/09

Man ist, eingedenk der Erfahrungen aus erlebnisorientierten Jugendveranstaltungen, schon einen kleinen wenig irritiert, ob die politische oder die unterwürfige, im vorausgehenden Gehorsam verfangene Polizeiführung eigentlich in der Lage ist, die weitere Entwicklung voraus zu sehen oder entsprechend zu reagieren! Randalen, mit allen Auswirkungen auf die Gesellschaft, wird durch die Untätigkeit der zuständigen Behörden, übrigens, für alle Nichteingeweihten, das sind unter anderen auch wir, geduldet, ohne sie auf Grund geltender Gesetze zu verhindern oder zu sanktionieren. Die Vorbildwirkung der Untätigkeit ist enorm.

Jetzt Klartext! Die von der Politik aufgezwungene Deeskalationstaktik ist gescheitert! Sie wurde und wird auf dem Rücken der Polizeibeamten ausgetragen.

Der klassischen militärischen Klein- und Gruppentaktik der Chaoten setzt die Polizei ein von vornherein zum Scheitern verurteiltes, von der Gegenseite bekanntes und im voraus berechnetes Modell entgegen. Die Chaoten wissen ganz genau, dass die Polizei, durch die Politik dazu gezwungen, keinen Gebrauch aller rechtlichen Mittel nutzen wird, um ein entsprechendes Gegengewicht zu schaffen. Der Preis dafür ist die wissentlich in Kauf genommene Verletzung Hundertter Polizeibeamter. Und nicht zu vergessen die entstandenen Kosten für den Steuerzahler und die Schäden, welche so ganz nebenbei entstehen!

Was wäre die Alternative? (Lasst uns mal träumen!) In diesem Land gibt es Gesetze! Es gibt ein Grundgesetz! Es gibt ein Versammlungsgesetz! Es gibt ein Strafgesetz! Es gibt Gesetze ohne Ende! Gelten die nur für Polizeibeamte???

Uwe Fischer, per E-Mail

Zu: Dem Mob nicht das Feld überlassen, DP 6/09

Es gibt zweifellos Versäumnisse und Fehleinschätzungen der Politik bezüglich des Umgangs mit Gewalt gegen Personen und Sachen. Was aber bei der Diskussion immer wieder vernachlässigt wird, ist die Rolle und Bedeutung einer funktionierenden Rechtsprechung in der Demokratie. Was da seit den 70er Jahren unter dem Deckmantel der „Liberalisierung“ läuft, lädt doch geradezu zu einem Missbrauch ein. Vergleicht man die Effizienz der deutschen Justiz etwa mit der Hollands, ein Land fernab jeglichen Verdachts, ein Polizeistaat zu sein, kommt man ins Grübeln: Deutschland hat viermal mehr Richter und Staatsanwälte, aber nur halb so viele Verurteilungen. Und wenn es dann zu einer Verurteilung kommt, muss man feststellen, dass die strafrechtlichen Maßstäbe in eine erschreckende Schiefelage geraten sind. Wie soll man etwa die Spruchpraxis verstehen, dass eine folgenlose Trunkenheitsfahrt härter bestraft wird (und noch weitergehende Konsequenzen hat) als eine gefährliche Körperverletzung oder ein Einbruch? Was wir z. B. in Berlin oder allwöchentlich in den Fußballstadien erleben, ist das Ergebnis einer völlig falschen Wertevermittlung, die glaubte, auf jegliche Art von Autorität verzichten zu können. Dass damit auch einfach nur der Respekt vor anderen Menschen und deren Eigentum mit entsorgt wurde, ist die zwangsläufige Folge.

Christoph Missy, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de





28.10.2007: Randalen nach dem Fußballspiel der Sachsenliga Dynamo Dresden II gegen Lok Leipzig.

Foto: Matthias Hiekel/dpa

Zwei Tage lang hat die GdP auf ihrem Symposium das Fußballgeschehen in den Focus genommen – mit allen Facetten der gewalttätigen Ausschreitungen und der polizeilichen Belastung in diesem Zusammenhang. Kompetente Referenten und sachkundige Diskussionsbeiträge vermittelten einen tiefen Einblick in den Polizeialltag. Man kann wirklich schon von Alltag sprechen, denn tatsächlich waren Fußballspiele der Anlass für 40 Prozent der insgesamt 127 länderübergreifenden polizeilichen Einsätze 2008.

Dass die Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft wächst, ist nicht neu; auch nicht, dass sie sich zunehmend gegen Polizeibeamtinnen und -beamte wendet.

Wer die jüngsten Mai-Krawalle in Kreuzberg miterlebt hat, weiß, wovon die Rede ist: Mit tiefster Menschenverachtung und außerordentlicher Brutalität wurden Steine, Glasflaschen, Gehwegplatten, Knallkörper und Brandsätze auf unsere Einsatzkräfte geworfen. Einzelne Polizeibeamte wurden gezielt angegriffen

und regelrecht gehetzt. Und eine johlende Menge Schaulustiger hat es offenbar als Mega-Event begrüßt, wie sich die Polizei beleidigen lassen musste. 479 Kolleginnen und Kollegen wurden dabei verletzt.

Ähnlich geht es bei etlichen Fußballspielen zu: Wie Prof. Knappe in seinem Referat auf dem Symposium schilderte, treten seit Jahren große Teile der Anhängerschaft unterklassiger Vereine äußerst gewalttätig auf: „... so letztmalig Hoo-

Fakten:

In der Saison 2007/2008 wurden allein bei den Spielen der 1. und 2. Liga 1.391.164 polizeiliche Arbeitsstunden geleistet.

Die Zahl der verletzten Personen stieg von 371 in der Saison 2005/2006 und 494 in der Saison 2006/2007 auf nunmehr 501 in der vergangenen Spielzeit.

Gleichzeitig registrierte die Polizei einen Anstieg der Straftaten auf 4.577 in der Saison 2007/2008. Das gewaltbereite Fan-Potenzial wird auf ca. 12.100 Personen geschätzt.



ligans des BFC Dynamo anlässlich der Begegnung gegen Tennis Borussia am 7. Dezember 2008 im Berliner Mommensenstadion. Vereinseigene Ordner sind

Berlin, Saison 2007/2008 (3. Liga) mit 22 Heim-Pflichtspielen des 1. FC Union:

Insgesamt unter den Augen von ca. 120.000 Zuschauern setzte die Berliner Polizei aus Sicherheitsgründen 4.095 Polizeibeamte ein, wodurch 28.060 Einsatzkräftestunden entstanden.

Die personellen Einsatzkosten, die den Landeshaushalt belasteten, beliefen sich auf ca. 1,1 Mio. Euro.

bei sogenannten Risikospielen zum Teil mit dunklen Sonnenbrillen, vor allem aber mit Pfefferspray und Quarzsandhandschuhen ausgestattet. Eine solche Ausrüstung ist offensichtlich notwendig, weil gewalttätige Aktionen der eigenen Fans zu befürchten sind. Eine spürbare Verbesserung dieses Zustandes ist nicht festzustellen. Im Gegenteil: Betritt die Polizei Zuschauerblöcke, um Maßnahmen der Ordner zu unterstützen, diese verabredungsgemäß gegen Störer zu schützen, werden die Einsatzkräfte von verummten Gewalttätern angegriffen. Es wird mit Eisen- oder Holzstangen auf die Polizeibeamten eingepöbele, sie werden mit Bier gefüllten Bechern beworfen, Toilettenhäuschen werden umgeworfen,



„An Wochenenden gibt es Situationen, die an Bürgerkriege erinnern.“

Ulrich Mäurer

Zäune, sogar in Massivbauweise, werden eingerissen, um schneller in größeren Horden die Polizei angreifen zu können, um Festgenommene z. B. aus dem Zugriff der Polizei zu befreien.“ Und er konstatiert aufgrund der Erfahrungen aus all den Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit Fußballspielen: „Als ungefähre Faustregel lässt sich feststellen, dass es regelmäßig zu Ausschreitungen kommt, wenn die Polizei mit Stärken von unter 500 Beamten im Einsatz ist. Lediglich wenn ein Großaufgebot vorgehalten wird, bleibt das Ereignis vergleichsweise friedlich.“

Angesichts solcher Ausschreitungen wird wohl auch der Letzte begreifen, dass die Grenze des Zumutbaren, aber auch des Machbaren für uns überschritten ist.

Der Bremer Innensenator und aktuelle Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Ulrich Mäurer, zeigte sich im Verlauf der GdP-Veranstaltung über die Menge der Einsätze, die der Polizei entgegen-schlagenden Brutalität und die Anzahl verletzter Einsatzkräfte entsetzt: „Die Einsätze der Polizei gegen diese Krawall suchenden Gruppen haben drastische Ausmaße angenommen. An Wochenenden gibt es Situationen, die an Bürgerkriege erinnern.“

Gewaltspirale dreht sich weiter

Die Gewaltspirale, so Jörg Radek, für polizeiliche Großlagen zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand, in seinem Begrüßungsstatement, bereite generell Anlass zu großer Sorge. Damit einhergehend registriere die Polizei einen zunehmenden Autoritäts- und Respektsverlust. Deutlich werde dies in der Zunahme von Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte um über 25 Prozent in den letzten sieben Jahren: „Polizeibeamte werden heute weit häufiger als früher auch bei normalen Festnahmeaktionen sehr massiven und oft auch tätlichen Anfeindungen des Beschuldigten sowie seiner Familienmitglieder, Freunde oder Nachbarn ausgesetzt.“

Eben auch bei Fußballspielen hätten Ausschreitungen drastisch zugenommen. Sie lägen rund 30 Prozent über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Gewaltorientierte Hooligans sogar bei Spielen der Amateurligen seien alltäglich geworden.

Die GdP hat zu ihrem Symposium auch den Deutschen Fußballbund als Dachverband für den deutschen Fußball eingeladen. Doch, so erklärte Jörg Radek,



„Wir hätten dem Deutschen Fußballbund gerne auf dieser Veranstaltung Gelegenheit gegeben, seine Sicht darzustellen. Leider ist es dazu nicht gekommen.“

Jörg Radek

„Wir hätten dem Deutschen Fußballbund gerne auf dieser Veranstaltung Gelegenheit gegeben, seine Sicht darzustellen. Leider ist es dazu nicht gekommen.“ Der DFB hatte abgesagt.

DFB ein „Staat im Staate“

Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion sowie die Referenten, die zum Auftakt des Symposiums einen umfassenden und schonungslosen Blick auf das Gewaltgeschehen im Zusammenhang mit Fußballereignissen ermöglichten, äußerten sich irritiert über das Fernbleiben von Vertretern des Deutschen Fußballbundes und der Koordinierungsstelle Fanprojekte bei diesem Symposium. Hingegen unterstützten sie die Anregung der Bremer Innensenator und SPD-Politikers Mäurer (IMK-Vorsitzender), in der kommenden Fußball-Sommerpause, einen „Fußballgipfel“ als Spitzengespräch unter Führung des Bundesinnenministers Dr. Wolfgang Schäuble zu organisieren. An diesem Runden Tisch sollten alle mit dem Fußballgeschehen befassten Verbände, Institutionen und staatlichen Organisationen ein gemeinsames Vorgehen zur Bekämpfung der Fußballgewalt vereinbaren.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, äußerte ebenso sein Unverständnis über das Fernbleiben des DFB: „Es sieht so aus, als wolle der DFB mit der negativen Seite des Fußball nichts zu tun haben. Eine Lösung des Gewaltproblems im Fußballgeschehen lässt sich



910 Festnahmen in Berliner Fußballstadien von 2006 bis 2008

Hooligans Kat A

Saison 2005/06: 275 Personen

Saison 2007/08: 140 Personen

Kat B

Saison 2005/06: 780 Personen

Saison 2007/08: 940 Personen

aber nur erzielen, wenn alle Beteiligten sich einbringen. Es kann nicht sein, dass der Fußball-Bund mit dem Spiel viel Geld verdient und dann zu so einer bedeutenden Veranstaltung nicht kommt.“ Nun müsse eben politischer Druck auf den DFB ausgeübt werden: „Eine Einladung von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble wird DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger wohl nicht ausschlagen“, so Dr. Landsberg weiter.

In die gleiche Kerbe schlug der ehemalige GSG-9-Chef und heutige Präsident der Direktion Bundesbereitschaftspolizei in Fulda, Friedrich Eichele. Mit dieser Veranstaltung sei man einen wichtigen Schritt gegangen, um die Brisanz des Themas stärker zu verbreiten. Er verstehe die Absage des DFB nicht.

Der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Jürgen Schubert, sagte: „Die Fans gehören zum Verein, deshalb endet die Verantwortlichkeit der Vereine nicht am Stadionsort.“ Er berichtete, dass die Gesamtzahl der verletzten Personen in der Saison 2007/2008 einen in den letzten zwölf Jahren nicht erreichten Höchststand darstelle. Unter den 501 Personen waren 111 Polizeibeamte, 151 Störer und immerhin 239 Unbeteiligte. Ziehe man die Oberliga hinzu, so waren es gar 932 Personen (187 Polizeibeamte, 398 Störer, 347 Unbeteiligte), die in Zusammenhang mit Fußballspielen verletzt wurden. Auch die Zahl der von der Polizei geleisteten Einsatzstunden, so Inspekteur Schubert, sei auf Rekordniveau. Rund 1,4 Millionen Arbeitsstunden stünden zu Buche. Während die Länder eine Steigerung von 8,1 % hinnehmen mussten, belief sich die Zunahme im Bund auf 23,3 %.

Kriminalität auf Nebenschauplätzen

Einen Gesamtüberblick über die Entwicklung des kriminellen Geschehens außerhalb des Spielfeldes stellte den Teilnehmern der Bochumer EPH Arnold Plickert



Gewalt verlagert sich nach Expertenmeinungen vor allem in die unteren Ligen; hier beim Einsatz während eines Heimspiels des VfB Lübeck in der Regionalliga-Nord.

Foto: Jürgen Herdes

vor. Plickert, zudem Mitglied des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei, bemängelte, dass die von der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) erhobenen Zahlen das tatsächliche Geschehen nicht vollständig abbildeten. Es fehlten Daten über das Strafaufkommen, das Störeraufkommen und die Arbeitsbelastung der Polizei von mindestens drei weiteren, unterklassigen Ligen. Die ZIS-Zahlen, so Plickert, beschrieben tatsächlich nur die halbe Wahrheit.

Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg, der noch bis kurz vor Beginn der Veranstaltung versucht hatte, einen hochrangigen Vertreter des DFB für die Teilnahme am GdP-Symposium zu gewin-



„Oft sind die Kräfteanforderungen der Länder überdimensioniert, weil man auf Nummer sicher gehen will. Ich plädiere klar für maßgeschneiderte Personaleinsätze.“

Friedrich Eichele

nen, bilanzierte: „Notfalls müssen eben dann Spiele abgesagt werden, wenn die Polizei nicht über ausreichende Reserven verfügt. Der Deutsche Fußball-Bund und die Deutsche Fußball-Liga scheinen für diese Problematik offenbar nur über ihren Geldbeutel sensibilisieren zu sein.“ Damit, so Freiberg weiter, sei aber nicht die Forderung nach einer Bezahlung von Polizeieinsätzen gemeint. Dies sei einerseits steuerrechtlich kaum umzusetzen. Andererseits könne ja kaum einem Verein eine Polizeieinsatz-Rechnung präsentiert werden, wenn sich dessen Fans an irgendeiner Autobahnraststätte oder bei einem Halt auf einem Wald-und-Wiesen-Bahnhof mit anderen Randalierern prügeln. Freiberg: „Verweigert sich der DFB aber einer gemeinsamen Lösungsfindung, so sollte diese Diskussion eröffnet werden.“

Schon am ersten Tag der Veranstaltung war der Unmut über die Absage der Fußballvertreter unter den Teilnehmern des Symposiums deutlich vernehmbar. Auf den Punkt brachte es Prof. Michael Knappe, Direktor beim Polizeipräsidenten Berlin und Leiter der Direktion 6, die die Berliner Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Lichtenberg polizeilich abdeckt: „Der DFB glaubt, eine Welt für sich zu sein, er meint, er sei ein Staat im Staate“.

Maßgeschneiderte Einsätze

Übereinstimmend brandmarkten Diskutanten und Referenten die hohe Belastung der geschlossenen Einheiten, die oft von Einsatz zu Einsatz gehetzt würden. Ohnehin sei ein „Dienstfrei“ meist nur noch reine Theorie. In der Schuld stünden





„Die Fans gehören zum Verein, deshalb endet die Verantwortlichkeit der Vereine nicht am Stadiontor.“

Jürgen Schubert

einige Länder, die einen radikalen Abbau ihrer Bereitschaftspolizei betrieben haben. Das sei natürlich billiger. Dadurch verweigerten sie aber auch ihre Hilfeverpflichtung gegenüber den Ländern, die ihre BePo eben nicht massiv reduziert haben. Konrad Freiberg: „Zwischen 2000 und 2006 sind in Deutschland rund 10.000 Polizeivollzugsbeamte abgebaut worden. Da ist es doch kein Wunder, wenn die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr aus den Stiefeln kommen.“

Senator Mäurer fügt hinzu: „In Bremen schiebt die Polizei rund 300.000 Überstunden vor sich her, bald werden es wohl 500.000 Stunden. Ich würde das gerne auszahlen, aber das gibt der Haushalt nicht her.“ Die Polizei der Freien Hansestadt Bremen habe heute den niedrigsten Personalstand seit 30 Jahren. Zwar habe man wohl die Talfahrt hinter sich, doch bis man die künftigen Neueinstellungen „polizeilich abschöpfen“ könne, vergingen eben noch ein paar Jahre.

Auch Friedrich Eichele sieht die Bereitschaftspolizeien der Länder zu schmal aufgestellt. Die jetzige Situation ließe sich nur über eine bessere Koordination der Kräfte beherrschen: „Oft sind die Kräfteanforderungen der Länder überdimensioniert, weil man auf Nummer sicher gehen will. Ich plädiere klar für maßgeschneiderte Personaleinsätze.“ Wenn sich doch noch unerwartete Lücken ergäben, so könnten hochmobile Kräfte reserven beispielsweise durch die Luft schnell an den Einsatzort gebracht werden.

Politisierte Fan-Gruppen

Die Gewalt am Rande des Fußballgeschehens sei in der Berichterstattung der Medien meist nur eine Randnotiz,

kritisierte der IMK-Vorsitzende Ulrich Mäurer. Zu selten würden entsprechende Bilder gezeigt, was letztlich dazu führe, dass die überbordende Gewalt, der die Polizei ausgesetzt ist, in der öffentlichen Wahrnehmung nicht ausreichend vorkomme. Mäurer: „Wir erleben momentan einen Wandel bei Fußball-Gewalttätern. Es handelt sich immer öfter um schwarz gekleidete und verummte Personen, die die Auseinandersetzung mit der Polizei förmlich suchen.“ Man könne den Eindruck gewinnen, diese Gruppen hofften fast darauf, keine gegnerischen Fans zu treffen, um sich dann gegen die Polizei zusammenzurotten.“

Der mit der Leipziger und Dresdener Fußballszene vertraute Polizeidirektor Uwe Kilz konnte dem nur zustimmen. „Die Polizei ist das Feindbild vieler Ultras. Sie fühlen sich gegängelt und reagieren beispielsweise aggressiv auf das Verbot des Abbrennens von Pyrotechnik.“ Für besonders gefährlich hält Uwe Kilz aber die Politisierung einiger Ultra-Gruppierungen. Hier vereinte sich einerseits die traditionelle Abneigung gegen den Verein des Anderen, andererseits kollidierten extreme politische Auffassungen. So trafen beim Lokalderby zwischen dem FC Sachsen Leipzig, dessen Fanlager Beziehungen zur örtlichen linken Szene unterhält, und dem 1. FC Lok Leipzig mit Tendenzen zu rechtsextremen Gedankengut, Vereine aufeinander, die schon aufgrund dieser Konstellation einen entsprechend starken Polizeieinsatz erforderten. Er machte zudem den demographischen Faktor Sachsens für die zunehmende Gewaltbereitschaft im regionalen Fußballgeschehen verantwortlich: „Da viele junge Frauen das Land verlassen haben, verzeichnen wir in Sachsen einen deutlichen Männerüberschuss. Offenbar wollen sie ihren Frust darüber beim Fußball loswerden, trinken reichlich und gehen dann in der Gruppe los.“

Polizei ist Angriffsziel Nr. 1

In der Berliner Fußballszene, so Direktionsleiter Prof. Knappe in seinem Impulsreferat, würden seit Jahren große Teile der Anhängerschaft unterklassiger Vereine äußerst gewalttätig auftreten. Sowohl Verantwortliche des zuständigen Fußballverbandes als auch Vertreter der Polizei kämen bei derartigen Ereignissen immer wieder zu einem eindeutigen Ergebnis: Gewalttätige Aktionen würden vor allem immer dann gestartet, wenn es gegen die Polizei gehe. Sie ist unbestritten Angriffsziel Nummer 1 von Hooliganhorden.“ Er selbst, so der Direktor beim

Polizeipräsidenten, habe den Vereinen schon zahlreiche Gesprächsangebote gemacht. Angenommen haben diese aber zumeist nur die Clubs, mit denen es kaum Ärger gebe.

Über die Öffentlichkeit Gewalt ächten

Die Öffentlichkeit müsse, so der IMK-Vorsitzende Mäurer, mit solchen erschreckenden Bildern stärker konfrontiert werden. Es reiche nicht, wenn es in der Tagesschau heiße: „Am Rande des Spiels zwischen dem FC X und der Spielvereinigung Y wurden bei Ausschreitungen 50 Polizeibeamte und 30 Randalierer verletzt, 90 Personen wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen – und nun das Wetter“. Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg glaubt, bereits ein Desinteresse bei den Medien wahrzunehmen: „An Gewalt gegen die Polizei haben sich viele Nachrichtenredaktionen offenbar schon gewöhnt. Nur, was gäbe es für einen Aufschrei, wenn aus einem Schwarzen Block Steine auf Politiker oder Manager fliegen würden?“

Auch der Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, Dr. Landsberg, erkennt eine mediale Verharmlosung der Gewalt. Es müsse ein Ziel sein, die Medien wieder für diese Thematik zu gewinnen, um eine gesellschaftliche Ächtung der Gewalt zu befördern. Eine Möglichkeit, so Dr.

„Als ungefähre Faustregel lässt sich feststellen, dass es regelmäßig zu Ausschreitungen kommt, wenn die Polizei mit Stärken von unter 500 Beamten im Einsatz ist. Lediglich wenn ein Großaufgebot vorgehalten wird, bleibt das Ereignis vergleichsweise friedlich.“

Prof. Michael Knappe





Massive Gewaltausschreitungen sind bei Großveranstaltungen fast schon Alltag für die Einsatzkräfte.

Foto: Jürgen Herdes

Landsberg, wäre das Führen einer „Gewaltverhinderungstabelle“, aus der für jeden ersichtlich sei, welche Vereine sich bei der Gewaltprävention besonders ins Zeug legen. Auch das Gegenteil davon, so Konrad Freiberg, könne effektiv sein: „Die Vereine, in deren Umfeld regelmäßig Krawalle passieren, werden so mit einem bundesweit wirkenden negativen Image belegt. Das ist für diese Clubs schon allein finanziell von Bedeutung.“

Alkohol und Sport passen nicht zusammen

Große Einigkeit herrschte über die teils verheerende Wirkung von Alkohol bei Großveranstaltungen. Prof. Knappe: „Alkohol und größere Zuschauermengen passen einfach nicht zusammen. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Alkohol nicht nur zu einer Beeinträchtigung der körperlichen Koordination, sondern grundsätzlich auch zur Enthemmung, verbunden mit einer steigenden Bereitschaft zur Begehung von Straftaten, führt.“ Diese Einschätzung des erfahrenen Berliner Polizeiführers bauten der IMK-Vorsitzende Mäurer, Bundesbereitschaftspolizist Eichele und der GdP-Vorsitzende gleich zu einer Forderung nach einem Alkoholverbot in den Stadien und auf den Anreisewegen aus. Mäurer: „Der Alkoholausschank in den Stadien erfolgt vor allem im finanziellen Interesse des Veranstalters. Der nimmt es auch gerne hin, wenn aus Halbtrunkenen im Stadion Volltrunkene werden.“ Das Einzige, worauf sich die Vereine eingelassen hätten, sei, Bier nur in Papp- oder Plastikbecher abzufüllen.

Auch ein Verbot von Glasflaschen beim Transport durch die Deutsche Bahn, so Präsident Eichele, könne der Polizei helfen. Was die Umsetzung dieses Vorschlags angeht, so zeigte sich der Bundespolizist skeptisch. Er glaube indes nicht, dass die Deutsche Bahn AG dies leisten werde. Die Polizei selbst habe dafür nicht genügend Personal. Was den Alkoholkonsum während der Fahrt angehe, so brauche die Bahn ja lediglich die Beförderungsbestimmungen ändern, meinte Dr. Landsberg: „Beim Rauchverbot in Zügen und auf Bahnhöfen hat das ja weitgehend geklappt.“ Er vermisse eine von der Kindheit bis zur Volljährigkeit durchgehende Aufklärung über die Gefahren des Alkoholmissbrauchs.

Nicht dem Thema Gewalt ausweichen

In seinem Fazit dankte der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg allen Referenten für deren plastische Darstellung der unsäglichen Belastung der Polizei im Fußballgeschehen und den Teilnehmern der Podiumsdiskussion für ihre klaren und offenen Worte. Freiberg mahnte die Verantwortung aller im Fußballgeschehen beteiligten Gruppen an und forderte insbesondere den Deutschen Fußball-Bund auf, dem Thema Gewalt nicht auszuweichen. Es könne nicht hingegenommen werden, dass die Gesellschaft und vor allem die Polizei die negativen Begleiterscheinungen und Folgen allein trügen.

Aus den Wortbeiträgen und Reden fasste er folgende wesentliche Forderungen zusammen:



„ZIS-Berichte spiegeln nur die halbe Wahrheit wider.“

EPHK Arnold Plickert



„Zwischen 2000 und 2006 sind in Deutschland rund 10.000 Polizeivollzugsbeamte abgebaut worden. Da ist es doch kein Wunder, wenn die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr aus den Stiefeln kommen.“

Konrad Freiberg

Die Bereitschaftspolizeien dürfen nicht weiter ausgedünnt werden, sondern benötigen eine spürbare Stärkung. Es kann nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen in den geschlossenen Einheiten bis an ihre Belastungsgrenzen getrieben werden, keine Freizeiten mehr planen können und praktisch kein geregelter Familienleben mehr haben. Auch die Justizminister der Länder müssten, ausreichend Personal bereitzustellen, um Problemspiele zu begleiten und eine schnelle Reaktion auf Straftaten über Haftbefehle sicherzustellen. Dazu müsste bei der Erstellung von Spielplänen auf feste Großlagen der Polizei Rücksicht genommen werden.

Um die Hemmschwelle zur Gewaltausübung und das Verletzungsrisiko zu senken, sollten häufiger Alkohol- und vor allem Flaschenverbote auch schon auf den Anreisewegen verhängt werden.

Eine intensive Abstimmung zwischen DFB und Deutsche Bahn AG sollte eine bessere Berücksichtigung der Reisewege von Fans bei Spielbetrieb und Spielplänen gewährleisten. Stadionverbote sollten verstärkt zu Transportverboten der Deutschen Bahn führen. Um die Belästigung von Reisenden zu vermeiden, sollten mehr Sonderzüge eingesetzt werden. Können





Läuft der Fußball aus dem Ruder?: (v.l.) IMK-Vorsitzender und Bremer Senator Ulrich Mäurer, der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg, Präsident der Direktion Bundesbereitschaftspolizei in Fulda, Friedrich Eichele, DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg und Moderator Oliver Bendixen vom Bayerischen Rundfunk bei der Podiumsdiskussion.

Foto: Frank Graef

Vereine dies nicht alleine leisten, so sollte finanzielle Unterstützung fließen. Um die Nutzung von Bahn-Sonderangeboten zu vermeiden, sollten ausschließlich Kombitickets für den Stadionbesuch und die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ausgegeben werden.

Der DFB und seine Vereine werden aufgefordert, die Sicherheitsvorschriften aus den Sicherheitsrichtlinien auch in unteren Ligen konsequent durchzusetzen. Zudem müsse die Fanbetreuung auch dort intensiviert werden und die

Zuverlässigkeit der Ordnungsdienste sichergestellt werden.

Die GdP hat mit ihrem Symposium der Problematik „Fußball und Gewalt“ zu einer ernsthaften öffentlichen Diskussion verholfen. Nun sind die Folgeschritte wichtig. Der anvisierte Runde Tisch zum Thema wird hoffentlich zeitnah praktikable Möglichkeiten hervorbringen, die Gewalt rund um die „zweitschönste Nebensache der Welt“ einzudämmen und zu ächten.

Michael Zielasko

Gewaltproblem angehen

Die Innenminister und -senatoren der Länder haben unter Vorsitz von Bremens Innensenator Ulrich Mäurer am 4. und 5. Juni in Bremerhaven getagt. An den Beratungen hat auch Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble teilgenommen.

Zu den zentralen Themen der Konferenz gehörte auch die zunehmende Gewalt, insbesondere bei Demonstrationen und im Zusammenhang mit Fußballspielen, sowie die wachsende Aggression gegen Polizeibeamtinnen und -beamte.

Hinsichtlich der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte heißt es in der Pressemitteilung des IMK-Vorsitzenden im Anschluss an die Konferenz:

„Die Innenminister und -senatoren der Länder verurteilen die Gewalt gegen Polizeibeamte, aber auch gegen Feuerwehr-

leute und Rettungskräfte. Sie sind der Auffassung, dass der Schutz für Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte vor Angriffen verbessert werden muss. Die Innenminister und -senatoren der Länder halten es für erforderlich, Empfehlungen für präventive Maßnahmen zu erarbeiten und zu prüfen, ob und inwieweit die vorhandenen Sanktionsnormen angemessen angewendet oder zu ergänzen bzw. zu erweitern sind. Die Innenminister und -senatoren der Länder beauftragen den AK II bis zur Herbstsitzung der IMK 2009 auf der Basis eines aktuellen Lagebildes einen Bericht und Umsetzungsvorschläge vorzulegen. Dabei wird der AK II gebeten, die entsprechenden KFN-Studien einzubeziehen.

red.



Die GdP fordert

- Entzerrung der Spielpläne durch Rücksichtnahme auf feststehende und flexible polizeiliche Termine und Reaktion auf kurzfristig auftretende Situationen/Terminkollisionen – notfalls bis zur Spielabsage.
 - Konsequente Durchsetzung der Sicherheitsvorschriften aus den Sicherheitsrichtlinien auch bei unteren Ligen (4. und 5).
 - Bessere Berücksichtigung der Reisewege von Fans bei Spielbetrieb/-plan.
 - Stadionverbote müssen einheitlich gehandhabt werden – auch in klassentieferen Ligen. Stadionverbote sollten verstärkt zu Transportverböten der Deutschen Bahn führen.
 - Es sollten häufiger Alkohol- und vor allem Flaschenverbote auch schon auf den Anreisewegen verhängt werden.
 - Gestellung von Sonderzügen durch die Bahn verstärken ggf. – wenn Vereine dies nicht alleine leisten können – durch finanzielle Unterstützung.
 - Es sollten ausschließlich Kombitickets für den Stadionbesuch und die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ausgegeben werden. Das soll verhindern, dass statt eingesetzter Sonderzüge mittels Sonderangeboten der Bahn die Regelzüge genutzt werden.
 - Ausbau der Fanbetreuung bei Vereinen in niedrigeren Ligen – auch mittels finanzieller Unterstützung des DFB (oder DFL – da Vereine der 1., 2. und auch 3. Liga Interesse daran haben müssen, dass Fußball kein negatives Image erhält).
 - Vereine müssen animiert werden, entschiedener gegen Gewalttäter vorzugehen.
 - Zuverlässigkeit der Ordnungsdienste in unteren Ligen sicherstellen.
 - Einwirken auf Politiker, dass genügend qualifiziertes Personal vorgehalten wird, um Einsatzgeschehen inklusive Fußballereinsätze sicherzustellen.
 - Einwirken auf die Justizminister der Länder, ausreichend Personal bereitzustellen, um Problemspiele zu begleiten und eine schnelle Reaktion auf Straftaten (Haftbefehle) sicherzustellen.
 - Das Nationale Konzept Sport und Sicherheit muss häufiger mit den polizeilichen Gefahrenprognosen abgeglichen werden.
 - Es sollte ein gemeinsamer „Fußballgipfel“ stattfinden, bei dem alle Verantwortlichen (DFB, DFL, GdP, DB, Kommunen, Politik) am Tisch sitzen und das Thema diskutieren, um zukunftssichere Lösungen zu entwickeln.
- Ziel sämtlicher Überlegungen muss es sein, Gewalt zu verhindern, statt Vereine abzukassieren.
- Wer immer mit dem Fußball zu tun hat, kann sich aus seiner Verantwortung nicht davonstellen, auch wenn es Einsatz und Mittel erfordert.

Wenn die Polizei ihren Beitrag weiterhin dazu leisten soll, dass Fußball wieder ein Fest für die ganze Familie wird, muss sie dazu personell und materiell in die Lage versetzt werden.

Wir fordern die Innenminister der Länder auf, den Abbau der Bereitschaftspolizei nicht nur zu stoppen, sondern die Bereitschaftspolizei wieder zu verstärken.

Der Missbrauch der Bereitschaftspolizei als Personalreserve für den polizeilichen Einzeldienst ist ein Irrweg angesichts zunehmender Großeinsätze nicht nur im Fußballgeschehen.

Der Missbrauch der Bereitschaftspolizei als Personalreserve für den polizeilichen Einzeldienst ist gefährlich für die Einsatzkräfte, denen notwendige Trainingszeiten für lageangepasstes Verhalten bei unfriedlichen Großeinsätzen vorenthalten werden.

Der Missbrauch der Bereitschaftspolizei als Personalreserve für den polizeilichen Einzeldienst ist letztlich ein Betrug an den Bürgerinnen und Bürgern, denen im Alltag eine Polizeipräsenz vorgegaukelt wird, die gar nicht vorhanden ist.

Die innere Sicherheit ist keine Theaterbühne, auf der das immer gleiche kleine Ensemble in wechselnden Kostümen die Stücke Kriminalitätsbekämpfung, Terrorismusbekämpfung, Fußballereinsätze, Demonstrationsgeschehen, Staatsbesuche, Verkehrsüberwachung, aufführen kann.

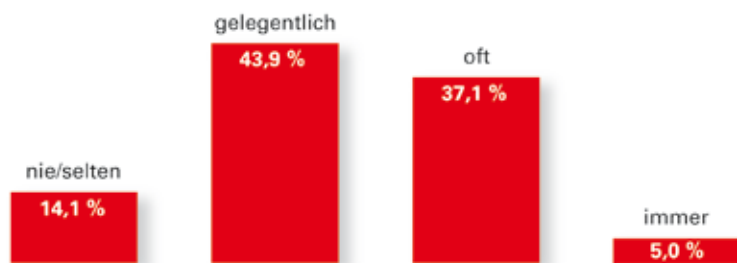


Systematisch überfordert

Neue Management-Methoden sollen den Beschäftigten mehr Freiheiten am Arbeitsplatz bringen. Doch die Praxis des neuen Arbeitens sieht meist anders aus: Unrealistische Ziele und striktes Controlling sorgen vor allem für Stress und Leistungsdruck.

Zielvorgaben oft zu ambitioniert

Führungskräfte sagen: „So häufig steht von Beginn an nicht genug Personal und Geld zur Verfügung, um vorgegebene Ziele zu erreichen“



Angaben von 221 Führungskräften; Quelle: Schüpbach, Wilde 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Die Arbeitsorganisation vieler Betriebe hat sich in den vergangenen Jahren verändert, zahlreiche Beschäftigte erhalten formal mehr Freiheiten. Zugleich klagt ein wachsender Teil der Belegschaften über psychische Belastungen. Zwischen diesen beiden Trends besteht ein Zusammenhang, das belegt eine Studie des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF München). Die Wissenschaftler haben über 100 Beschäftigte, Führungskräfte und Experten befragt und kommen zum Schluss, dass die wachsenden seelischen Lasten eine Folge neuer Managementmethoden sind.

Es könne zwar theoretisch zu mehr Zufriedenheit führen, wenn das Management den Beschäftigten bei der Erfüllung von Zielen freie Hand lässt, schreiben die Forscher. Doch in der Praxis standen in den untersuchten Betrieben nicht genug Personal und Zeit zur Verfügung, um die vorgegebenen Ziele zu erreichen. Zudem konterkariere die zunehmende Standardisierung von Arbeitsschritten und starke Kontrolle der Abläufe die angeordnete Selbststeuerung.

Die Belegschaften fühlten sich darum häufig überfordert und belastet. Nick Kratzer, Wolfgang Dunkel und Wolfgang Menz vom ISF beschreiben, wie sich drei zentrale Merkmale der neuen Arbeitsgestaltung auswirken.

Ergebnisorientierung. „In den Unternehmen findet gegenwärtig ein Paradigmenwechsel in der betrieblichen Leistungssteuerung statt“, beobachten die Arbeitswissenschaftler. Die Planung gehe nicht mehr von den gegebenen Kapazitäten aus, stattdessen werde zuerst das zu erreichende Ergebnis festgelegt. Die Zahl der neu zu gewinnenden Kunden oder die pauschalen Rendite- und Umsatzziele orientieren sich nicht am praktisch Machbaren, sondern am theoretisch Denkbaren, so die Studie. Das gewünschte Ergebnis wird auf der Führungsebene beschlossen und nach unten weitergereicht. Ein ausgefeiltes Controlling macht sichtbar, wer die Ziele nicht erreicht. Der ständige Blick auf die Zahlen sei „ein reines Knechtinstrument“, sagt ein Befragter. Ein anderer berichtet: Wenn er die ehrgeizigen Vorgaben nicht

schaffe, aber zwei oder drei der Kollegen dazu imstande seien, dann setze ihm das stark zu.

Die vorgegebenen Ziele enthalten oft Steigerungsraten. „Es muss jedes Jahr besser, mehr, schneller werden“, beschreibt das Forscherteam. Die Beschäftigten würden systematisch und absichtlich überfordert, und das nicht nur in einzelnen Unternehmen. Arbeiten solle „herausfordernd“ sein, erklären die Manager. Ein Beschäftigter berichtet: „Ich höre jedes Jahr von den Führungskräften den Satz ‚Wir legen noch eine Schippe drauf.‘ Und das Merkwürdige ist: Wir schaffen das jeweils.“ Mit der Konsequenz, „dass sich die Spirale weiterdreht und wir am Ende des Jahre wieder hören, dass wir noch eine Schippe drauflegen sollen, obwohl wir eigentlich schon am Limit arbeiten“.

Die permanente Reorganisation der Unternehmen macht den Beschäftigten ebenfalls zu schaffen. Unrentable Bereiche werden verkleinert, ausgelagert, geschlossen, ganze Betriebsteile ein- oder ausgegliedert, Abteilungen getrennt oder zusammengelegt. Die Betriebe werden fortwährend überprüft und umgebaut, sofern eine Kennzahl nicht den Erwartungen entspricht. Für die Beschäftigten bedeutet das permanente Unsicherheit. Sie müssen sich immer neu anpassen und mit der Sorge leben, dass die Restrukturierung ihren Arbeitsplatz kostet, so die Forscher. Die Reorganisation verlangt zudem oft Zusatzarbeit. Und sie bietet einen Anlass, die Personaldecke ausdünnen, so dass am Ende mehr Arbeit für die Rest-Belegschaft bleibt.

Selbststeuerung und Standardisierung. Die Beschäftigten sind in der Praxis mit widersprüchlichen Anforderungen konfrontiert. So werden die Angestellten eines Finanzdienstleisters einerseits aufgefordert, Kunden möglichst individuell zu beraten, andererseits dürfen sie ihnen aber nur standardisierte Produkte verkaufen.



ARBEITSBEDINGUNGEN



Foto: Jens Scherenbeck / dpa

fen. Schematisch normierte Prozesse, Produkte und Instrumente schränken die vermeintliche Freiheit wieder ein. Sie bieten den Beschäftigten kaum Entlastung, stellen die Wissenschaftler fest. Eher sei das Gegenteil der Fall, weil das Controlling nur die standardisierten Arbeitsschritte aufnimmt. Die Arbeitsorganisation selbst werde dadurch als Last empfunden, erläutern die Wissenschaftler vom ISF. Das Institut nimmt gemeinsam mit dem WSI an dem Forschungsprojekt „Partizipatives Gesundheitsmanagement“ (PARGEMA) teil.

Quelle: Nick Kratzer, Wolfgang Dunkel, Wolfgang Menz: Neue Managementmethoden – neue Belastungsformen?, in: Arbeit, Beschäftigungsfähigkeit und Produktivität im 21. Jahrhundert. Bericht zum 55. Kongress der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft 2009, Dortmund

Quelle: Boeckler impuls



Kredit ohne sichere Perspektive

Eltern sollen Schulden machen, damit sie kürzer arbeiten können. Mit Hilfe dieser neuen Idee will Ministerin von der Leyen dafür sorgen, dass Familien mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen.



Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen traf sich im Oktober vergangenen Jahres mit DGB-Vorsitzendem Michael Sommer, wo es u.a. um Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Betreuungsangebote für Kinder ging. Foto: Wolfgang Kumm/dpa

„Ich leite ein erfolgreiches Familienunternehmen.“ So lautet die Antwort einer brüskierten, aber schlagfertigen Ehegattin auf die Partyfrage, was sie denn eigentlich beruflich mache. Wird jetzt ausgerechnet Ursula von der Leyen, Vollzeitpolitikerin und Vielfachmutter zugleich, zur Anwältin der Hausfrauen? Zumindest verglich auch die Ministerin Familien mit Unternehmen, als sie Anfang Juni ihr neues Vorhaben eines „Familienzeitkredits“ vorstellte: „Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir nicht über Bürgschaften an Unternehmen, sondern auch über Bürgschaften für Menschen sprechen.“

Von der Leyens Idee: Mütter und Väter sollen weniger arbeiten und sich statt dessen verschulden – etwa, wenn ihr Kind in der Schule Probleme macht oder wegen einer schweren Krankheit zusätzliche Betreuung benötigt. Für diese zinsgünstigen Kredite, die den Einkommensausfall der verkürzten Arbeitszeit kompensieren, bürgt – offenbar wegen zu geringer Seriosität von Familien bei den Banken – der Staat.

Das Konzept, entwickelt von der Ökonomin Katharina Spieß vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, klingt

erstmal nicht schlecht. Schließlich bestätigen wissenschaftliche Untersuchungen seit Jahren, dass erwerbstätige Eltern über Stress und Zeitnot klagen. Mehr als ein Drittel aller Mütter und Väter mit Kindern unter 18 Jahren geben in Befragungen an, sie hätten zu wenig Zeit für ihren Nachwuchs. 89 Prozent der Väter und 71 Prozent der Mütter begründen dies mit beruflichen Anforderungen. Vor allem Männer, die besonders lange arbeiten und häufig Überstunden machen müssen, wünschen sich verkürzte Arbeitszeiten.

Die Forscherdiagnose Zeitmangel passt zu den Erkenntnissen des Siebten Familienberichts der Bundesregierung. Der stellte 2005 fest, dass Eltern gerade „in der Mitte des Lebens“ überlastet sind: Im Alter zwischen 25 und 45 Jahren sollen sie Kinder großziehen und zugleich beruflich vorankommen. Um diese hektische Phase entspannender zu gestalten, schlagen die Verfasser vor, Arbeitspensum und Arbeitsdauer je nach biografischer Situation zu variieren – also die beruflichen Anforderungen zu senken, wenn kleine Kinder oder zu pflegende Angehörige zu versorgen sind.

Das Memorandum „Zeit für Familie“, auf das sich Ministerin von der Leyen jetzt

stützt, geht allerdings von fragwürdigen Annahmen aus. Es beruht auf der Erwartung, dass Eltern später ohne Probleme ihre Schulden begleichen können.

Zugrunde liegt eine realitätsfremde Vorstellung von Erwerbsarbeit, die höchstens in Zeiten des Wirtschaftswunders, und schon damals nur für Männer, die Regel war: Vollzeitstelle ohne Unterbrechung bis zur Rente, am besten noch bei ein und demselben Arbeitgeber. Von der Jobsicherheit des rheinischen Kapitalismus sind viele Erwerbstätige in der Privatwirtschaft inzwischen weit entfernt. Und weil die Zukunftsperspektive ungewiss ist, schrecken Eltern aus gutem Grund davor zurück, zusätzliche Kredite aufzunehmen – auch wenn sie dem guten Zweck dienen, sich mehr um ihre Kinder zu kümmern. Da hilft weder die Rhetorik vom „Unternehmen Familie“ noch eine Staatsbürgschaft a la Opel.

Schon beim Elterngeld haben die Wohlfahrtsverbände eine soziale Schiefelage ausgemacht und moniert, dass Geringverdiener und Hartz-IV-Empfänger mit der Mindestsumme von 300 Euro monatlich vorlieb nehmen müssen: Die Familienpolitik, so die Kritik, bevorzuge mit der Zahlung einer Lohnersatzleistung die gut verdienende Mittelschicht. Dieses wirtschaftlich stabile Milieu im Zentrum der Gesellschaft, mit garantierter Anstellung und jahrelang voraussehbarer Gehaltsentwicklung, bröckelt jenseits des öffentlichen Dienstes immer mehr.

Der Familienzeitkredit

Familienministerin Ursula von der Leyen will in der nächsten Legislaturperiode zinsgünstige Kredite für Eltern einführen, die zeitweise weniger arbeiten wollen. Der Staat soll für die Schulden bürgen. Angeregt wurde diese Idee in dem Memorandum „Zeit für Familie“ der Berliner Wirtschaftswissenschaftlerin Katharina Spieß. Unter den anderen im Bundestag vertretenen Parteien ist der Vorschlag der CDU-Politikerin umstritten. So fürchtet Kerstin Griese (SPD), die Vorsitzende des Familienausschusses, in der derzeitigen Wirtschaftskrise sei das „eine Einladung für Mütter, aus ihrem Job auszusteigen“.



Polizeieinsatz und Familienarbeit

In Berlin zum Beispiel arbeiten inzwischen 60 Prozent der Beschäftigten prekär: Sie halten sich mit befristeten Stellen, mit Minijobs und Teilzeit, mit Leiharbeit oder erzwungener Selbstständigkeit über Wasser. In den reichen Regionen West- oder Süddeutschlands mag der Anteil dieser Arbeitsnomaden niedriger sein. Aber auch dort wollen Familien in Phasen ökonomischer Unsicherheit eines gewiss nicht: sich ohne echte Not verschulden.

Ministerin von der Leyen will ihren Vorschlag, zusammen mit der Flexibilisierung des Elterngeldes und der Verlängerung der Vätermonate, demnächst in das CDU-Programm zur Bundestagswahl aufnehmen. Der gut gemeinte Plan könnte zum Rohrkrepiere werden. Falls er über die Phase der Ankündigungspolitik überhaupt hinaus kommt: SPD und Grüne haben bereits kritisiert, mit dem Familienzeitkredit werde kein Problem gelöst und die Armut lediglich verschoben.

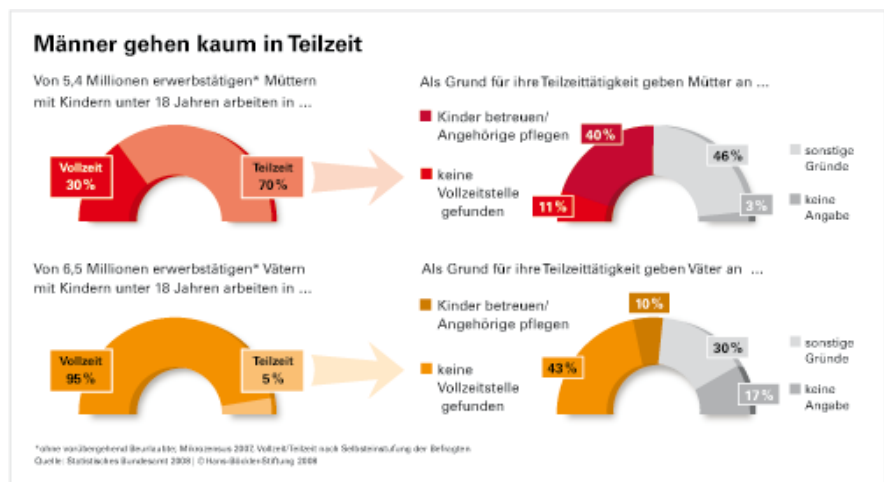
Der Vergleich mit Bildungskrediten wie dem Bafög, den die Befürworter anführen, hinkt: Während Studierende immerhin in ihre Qualifikation investieren – selbst wenn sie danach nicht unbedingt den gut bezahlten Traumjob erwarten können – droht die „Zeit für Familie“ eine mögliche Karriere auszubremsen. Wohlwollende Arbeitgeber winken vielleicht zwei Papamonate durch, die sie wie einen verlängerten Urlaub behandeln. An „großer Teilzeit“ oder „kurzer Vollzeit“, wie die Modelle mit reduziertem Arbeitspensum von 60 bis 90 Prozent genannt werden, zeigen die meisten Betriebe dagegen wenig Interesse. Denn das verlangt logistische Fantasie, ein langfristiges Umdenken, eine grundlegende Veränderung der Firmenkultur – und führt in vielen Fällen zur handfesten Blockade entsprechender Elternwünsche.

Thomas Gesterkamp



Der Autor schrieb mehrere familienpolitische Bücher, zuletzt „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“ (Herder 2007).

Wie gut Familie und Beruf sich vereinbaren lassen, hängt von vielen Bedingungen ab. Insbesondere bei der Polizei spielen dabei dienstliche Gegebenheiten eine große Rolle. Auf Initiative der GdP-Frauen hat die GdP nun ein Positionspapier beschlossen, das die wichtigsten Faktoren einer „guten Vereinbarkeit“ zusammenfasst und Forderungen zu ihrer Verbesserung formuliert.



Die Arbeit in der Polizei stellt hohe Ansprüche und ist mit enormen Belastungen verbunden. Durch Personalnot, Leistungsverdichtung, Überstunden und Arbeitszeitverlängerungen werden die Anforderungen im dienstlichen Alltag immer größer. Gleichzeitig möchten immer mehr Menschen nicht nur beruflich erfolgreich sein, sondern auch in der Familie ihren Pflichten nachkommen und ein erfülltes Familienleben genießen. Das gilt für Männer, die sich als Väter immer stärker engagieren, und für Frauen, die sich zunehmend häufiger für den Polizeiberuf entscheiden. Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit gewinnt daher für die Beschäftigten in der Polizei in besonderer Weise an Bedeutung. Anlass für die GdP, sich dieses Themas in besonderem Maße anzunehmen Den Aufschlag hat sie nun mit einem Positionspapier zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gemacht, das der GdP-Bundesvorstand auf Initiative der Frauengruppe im März verabschiedet hat. Es soll dazu dienen, die Diskussion über wichtige Elemente der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Polizei zu unterstützen

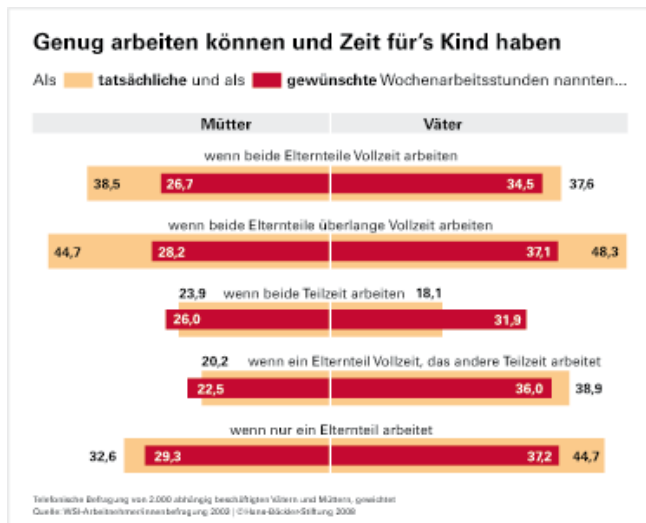
und voranzutreiben – durch die Formulierung von Forderungen an politische Entscheidungsträger und dienstlich Verantwortliche. Auf diese Weise wollen die Kolleginnen und Kollegen zielgerichtet für Schritte zur Verbesserung der Vereinbarkeit werben und an deren Umsetzung mitwirken.

Viele Faktoren beeinflussen die Vereinbarkeit

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen, rechtliche Regelungen und tarifvertragliche Vereinbarungen aber auch der finanzielle Hintergrund, die dienstliche Konstellation und die persönlichen Gegebenheiten sind von großer Bedeutung für die Situation von Eltern und Pflegenden im Polizeidienst. Das Positionspapier der GdP stellt daher die Arbeitszeit, die Personalentwicklung, die steuerrechtlichen und finanziellen Regelungen sowie die Fragen der Infrastruktur zur Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen in den Vordergrund – auch weil Beschäftigte in der Polizei in vielen Bereichen einen ganz



VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE



besonderen Bedarf haben. Und die GdP betont: Die Forderung nach besseren Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist kein frauenpolitisches Thema – es geht vielmehr um die Gleichstellung der Geschlechter in ihrem Anspruch, Familien- und Berufsleben in Einklang zu bringen.

Bessere Betreuung für Kinder und Pflegebedürftige

Daher fordert die GdP in ihrem Positionspapier ein flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot für Klein- und Schulkinder, niedrigschwellige Betreuungsmöglichkeiten für Pflegebedürftige sowie eine bessere Abstimmung der Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen mit den Dienstzeiten von Polizeibeschäftigten. Einen wichtigen Beitrag dazu soll die bedarfsgerechte Flexibilisierung von Arbeits- und Schichtdienstzeiten sowie die Einrichtung von befristeten Teilzeit- und Telearbeitsplätzen leisten.

Familienpflichten bei der Personalentwicklung berücksichtigen

Doch zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sieht die GdP innerhalb der Polizeidienstes noch einen ganz anderen Bedarf – nämlich den Abgleich von Vorgaben für Personalentwicklung, Fortbildung und Führungsverantwortung mit der Lebensplanung von Menschen mit Familienaufgaben. Und sie will dazu vor allem die politisch Verantwortlichen, die Dienstherren in Bund und Ländern und die polizeilichen Vorgesetzten stärker in die Pflicht nehmen.

So sollen künftig Fortbildungsangebote die unterschiedlichen Wochenarbeitszeiten berücksichtigen, halbtags oder dezentral angeboten werden und Betreuungsangebote für Kinder beinhalten. Qualifizierungen sollten in der Art eines Fernstudiums möglich sein, mit selbst gewählten Studien- und kurzen Anwesenheitszeiten. Und zeitlich flexible Förder- und Auswahlverfahren zum Studium an der FH und DHPol sollen die Ausfallzeiten aus familiären Gründen beim Zulassungshöchster berücksichtigen.

Wer Personalplanung und -entwicklung zukunftsorientiert gestalten will, muss nach Auffassung der GdP im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vernünftige Rahmenbedingungen für flexible Entscheidungen vor Ort schaffen. Dies kann u. a. durch eine Zertifizierung von Behörden mit Hilfe des „audit berufundfamilie“ (<http://www.beruf-und-familie.de>) erreicht werden, das sich als strategisches Instrument versteht und maßgeschneiderte, gewinnbringende Lösungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bereithält. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet auch eine vernünftige Frauenförderung, die darauf achtet, dass die Bewertung und Beurteilung von Aufgabenerledigung sich unabhängig vom Geschlecht, vom Alter und vom Umfang der Arbeitszeit ausschließlich an der Eignung, Leistung und Befähigung der Kolleginnen und Kollegen orientiert. Dabei spielen diskriminierungsfreie Beurteilungssysteme eine herausragende Rolle und müssen u. a. durch die verpflichtende Schulung von Vorgesetzten in der Praxis umgesetzt werden. Darüber hinaus muss bei den Einstellungs-ermächtigungen der Personaleratz für Mutterschutz, Elternzeit und Teilzeit endlich angemessen berücksichtigt werden.

Von der Vereinbarkeit profitiert auch die Behörde

In der freien Wirtschaft wird Familienfreundlichkeit inzwischen aus demografischen Gründen als „Erfolgsfaktor“ bezeichnet und als Gewinn für die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen von Unternehmen bewertet. Auch in den Polizeibehörden kann die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie positive Effekte erzielen:

- Mütter und Väter beschränken die Elternzeit auf das notwendige Maß, wodurch Personalplanung erleichtert und wertvolles Fachwissen sowie Erfahrungen für die Behörde erhalten bleiben.
- Kosten für die Aus- und Fortbildung junger Eltern zahlen sich aus, weil Väter und Mütter im Dienst verbleiben oder kürzere Auszeiten in Anspruch nehmen.
- Familienfreundliche Personalpolitik stärkt die Betroffenen in ihrer Identifikation mit der Behörde und der Bindung an die Behörde.
- Eltern, die ihre Kinder gut versorgt wissen, sind zufriedener und damit leistungsfähiger. Wer weniger Probleme hat, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, ist weniger Stress



ANGEBOTE

Schwules DGB-Jugendcamp im August

ausgesetzt, kann motivierter arbeiten und wird seltener fehlen. Dies kann zu einem verbesserten Betriebsklima beitragen und Nachwuchsgewinnung erleichtern.

- Mütter und Väter bringen in den Beruf zusätzliche Kompetenzen ein, die sie in ihrer Familie erwerben: Belastbarkeit, Ausdauer, Verantwortlichkeit und organisatorische Fähigkeiten.

Künftig will die GdP Behörden und Einrichtungen, die Gleichstellungsbeauftragten sowie die Personalräte unterstützen, die Gestaltungsspielräume in Sachen Vereinbarkeit zu nutzen. Darum arbeitet die Frauengruppe derzeit an einer Muster-Dienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie – damit das Thema auf Dienststellen und in Behörden auf der Tagesordnung weit vorne landet.

Anja Weusthoff



Foto: Schwab

Für sieben Tage aus dem Hetero-Alltagstrott ausbrechen – das macht die DGB-Jugend mit der Gewerkschaft ver.di beim schwulen Sommercamp am Bodensee möglich. In Markelfingen geht es vom Montag, dem 24. August, bis Sonntag, dem 30. August, um die Facetten schwulen Lebens von Jungs bis zum Alter von 27 Jahren. Workshops und Lagerfeuerromantik, Talentabende, Diskussionsrunden und ein Ausflug stehen auf dem Programm.

Um die Angebote des Programms kümmert sich ein erfahrenes Team. Kreativität im Bastelzelt, beim Musical-Workshop oder beim Foto- und

Videoworkshop gehören zum festen Angebot, ebenso die Campzeitung. Gesprächsrunden beleuchten Aspekte schwulen Lebens, wie rechtliche Fragen, älter werden, Gesundheit und Aids, Coming-Out oder SM.

Feiern gehört natürlich zum Programm. So manches Talent wurde auf der Bühne im Markelfinger Diskozelt schon entdeckt. Ausruhen können die Teilnehmer am Badestrand, wo der Bodensee zum Schwimmen einlädt. Das Gelände grenzt direkt an den See und bietet mit seinen Bäumen, Rasen und einem Sportfeld viele Erholungsmöglichkeiten. Auf dem Platz stehen feste Zelte, ein modernes Badehaus sorgt für Komfort. Die Verpflegung kommt aus der eigenen Küche.

Die Woche auf dem schwulen Sommercamp kostet für DGB-Mitglieder bis 27 Jahre 160 Euro. Wer nicht Mitglied einer DGB-Gewerkschaft ist, zahlt 210 Euro. Unter www.schwulesommercamp.info finden sich alle weiteren Informationen sowie ein Link zur Online-Anmeldung.

Peter Schwab

ANKÜNDIGUNG

Motorradtreffen

von Polizeibeamtinnen und
-beamten im Weserbergland

Vom **11. bis 13. September 2009** (Fr.-So., 2 Übernachtungen) findet in Uslar-Fürstentagen bei Göttingen ein Motorradtreffen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie Angehörige statt. Die Unterbringung erfolgt in dem Hotel „Zur Linde“ in Einzel- und Doppelzimmern. Es wird Halbpension angeboten.

An Programm ist geplant: Ausfahrten ins Weserbergland, zur Wartburg, zum Edersee und in den Harz sowie gemütliches Beisammensein und Benzingsprache.

Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit dem Blue Knights (Motorrad fahrende Polizeibeamte) und der IPA (International Police Association) statt.

Infos können unter E-Mail aida100@web.de oder Telefon 0160-6654514 angefordert werden.

Eventuell anfallende Gewinne werden dem Kinderheim in Göttingen gespendet.

Detlef Schöne

Seminare

Das Institut Psychologie & Sicherheit bietet folgende Seminare an:

22. – 23.09.2009 Aschaffenburg

UMGANG MIT JUGENDLICHEN GEWALTÄTERN

Referent Markus Brand

Themen:

- Wahrnehmung, Gefühle und Denkmuster von jugendlichen Gewalttätern
- In welchen Kategorien nehmen gewaltbereite Jugendliche ihr Gegenüber wahr?
- Sozialisationsbedingungen von Tätern
- Konfrontative Gesprächsführung
- Eigenes Auftreten und Grundhaltungen im Umgang mit Gewalttätern
- Körpersprache lesen
- Eigene Sicherheit im Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen

Weitere Einzelheiten unter:

www.institut-psychologie-sicherheit.de/index.php?article_id=3

6. – 7.10.2009 Frankfurt / M

UMGANG MIT GEWALTÄTERN

Referentin Rita Steffesenn

Themen:

- Grundhaltung im Umgang mit gewaltbereiten Menschen
- Kommunikations- & Verhaltensmuster gewaltbereiter Menschen
- Kommunikationsfallen
- Gewaltbereite Jugendcliquen
- Informationsgewinnung & -austausch
- Methoden & Strategien in der Gesprächsführung
- Gewalttäter und Körpersprache
- Tätertypologien & Bindungsmuster
- Fallbeispiele

Isabel Wondrak



Wir müssen mehr mit unseren Polizisten reden

EuroCOP-Delegation trifft Justizministerin Beatrice Ask im Vorfeld der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft



Schwedische Justizministerin Beatrice Ask
Quelle: www.eu2009.se

Am 15. Juni hat sich eine EuroCOP-Delegation unter Führung von Präsident Heinz Kiefer mit der schwedischen Justizministerin Beatrice Ask in Stockholm getroffen. Der Hintergrund: Am 1. Juli übernimmt Schweden die EU-Ratspräsidentschaft von Tschechien und damit übernimmt Frau Ask den Vorsitz des EU-Rates der Justiz- und Innenminister für 6 Monate. „Für uns ist es in dieser Phase sehr wichtig, uns bereits im Vorfeld mit der Ratspräsidentschaft austauschen zu können“, so Kiefer vor dem Beginn des Gesprächs.



Das offizielle Logo der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft

Auf dem Programm der Schweden steht nicht weniger, als der Abschluss eines neuen Mehrjahresprogramms für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres und damit die Festlegung der strategischen Ziele und Prioritäten der EU auch für die polizeiliche Zusammenarbeit für den Zeitraum bis 2014. Bereits frühzeitig hat sich EuroCOP mit einem auf der Frühjahrstagung des EuroCOP-Komitees in Lissabon im

März verabschiedeten Grundsatzpapier hieran beteiligt. Auf politischer Ebene befindet sich das Exekutivkomitee in einem intensiven Dialog mit der EU-Kommission über die weitere Entwicklung der polizeilichen Zusammenarbeit. EuroCOP hat sich formell am Konsultationsverfahren der EU-Kommission für ein Post Haager Programm beteiligt. Der Beschluss des EuroCOP-Komitees besteht aus drei Kernforderungen:

1. Der Festlegung gemeinsamer qualitativer und quantitativer Mindeststandards für die Polizei in der EU. Dabei geht es um zwei Aspekte: Zum einen setzen offene Grenzen voraus, dass für die innere Sicherheit vergleichbare Standards herrschen. Die Innere Sicherheit in der EU hängt immer vom schwächsten Glied ab. Zum anderen geht es aber auch darum, mittelbar die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen von Polizeibeschäftigten zu verbessern.
2. Der Fokussierung auf praxisnahe Lösungen zur grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit. Die plakative Forderung in diesem Zusammenhang: Die Schaffung von so genannten „One-Stop-Shops“ für grenzüberschreitenden Informationsaustausch.
3. Der Verabschiedung eines eigenen Polizeiethik-Kodex der EU auf Grundlage des Eingangs erwähnten Kodex des Europarates. Die 27 Mitgliedsstaaten der EU müssen in der Lage sein, weiter zu gehen, als dies die 47 Mitgliedsstaaten des Europarats getan haben. Aus Sicht von EuroCOP handelt es sich dabei nicht zuletzt um ein wichtiges Mittel, Kollektivrechte von Polizeibeschäftigten in Europa zu stärken.

Diese Forderungen wurden der Ministerin anlässlich des Treffens ebenso überreicht, wie die Forderung nach einem EU-Stabilitätspakt für die Polizei. EuroCOP fordert in diesem Zusammenhang eine Rückbesinnung der EU auf die so genannten „Kopenhagener Kriterien“, die bereits grobe Standards für Rechtsstaatlichkeit und effiziente Verwaltung aller EU-Mitgliedsstaaten fordern.

„Wir dürfen es nicht zulassen, dass Mitgliedsstaaten der EU, deren Strafverfolgungsbehörden bereits vor der Finanzkrise unterfinanziert waren, jetzt durch kurzfristige Sparmaßnahmen wieder zurückgeworfen werden,“ so Kiefer, der in diesem Zusammenhang bereits mehrfach vor der Gefahr steigender Kriminalität und Korruption gewarnt hat.

Dabei unterbreitete EuroCOP auch hier einen konkreten Vorschlag: Zusagen für Unterstützungskredite an EU-Mitgliedsstaaten sollten an die Auflage geknüpft werden, die Haushalte der Strafverfolgungsbehörden stabil zu halten. „Solange die Grenzen offen sind, hängt die innere Sicherheit in allen EU-Mitgliedsstaaten vom schwächsten Glied in der Kette ab“, so Kiefer.



Die Vorschläge von EuroCOP wurden von der Justizministerin zunächst wohlwollend zur Kenntnis genommen, wengleich auch die EU-Ratspräsidentschaft auf den Kooperationswillen der übrigen Mitgliedsstaaten angewiesen bleibt, wenn sie Fortschritte erzielen will. „Ich habe, denke ich, verstanden, dass wir uns im Rat mehr um die praktischen Bedürfnisse unserer Polizistinnen und Polizisten kümmern müssen. Wir müssen mehr mit ihnen reden“, so Ministerin Ask. jv

Zum Weiterlesen:

- zum Stabilitätspakt für die Polizei: www.eurocop-police.org
- zum EuroCOP-Beitrag zum „Stockholm Programm“: http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/0001/contributions/eurocop_en.pdf
- zur EU-Ratspräsidentschaft Schwedens: www.eu2009.se



Neue Rechtsprechung zum Urlaubsrecht

Aufgrund der EuGH-Entscheidung vom 20. Januar 2009 kam es auch zu einer Kehrtwende des BAG in seiner Rechtsprechung zum Urlaubsrecht. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die geltenden Tarifverträge (§ 26 TV-L/TVöD) wird man sich jetzt nach dem rechtskräftigen Abschluss des Ausgangsverfahrens genauer mit den Urteilsgründen und den daraus entstehenden Folgen beschäftigen müssen.

Begonnen hatte alles mit dem LAG Düsseldorf, das beim EuGH die Vereinbarkeit des folgenden Sachverhalts mit dem Art. 7 der Arbeitszeitrichtlinie 2003/88 abfragte: Ein Arbeitnehmer war im September 2004 fortlaufend arbeitsunfähig krank geschrieben. Ende September 2005 schied er aus dem Arbeitsverhältnis aus. Mit der Klage beim LAG Düsseldorf verfolgte er die Abgeltung des noch offenen Urlaubs aus den Jahren 2004/2005.

Der EuGH entschied, dass der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub bei Ablauf des Bezugszeitraums und/oder eines im nationalen Recht festgelegten Übertragungszeitraums auch dann nicht erlischt, wenn der Arbeitnehmer während des gesamten Bezugszeitraums oder eines Teils davon krankgeschrieben war und seine Arbeitsunfähigkeit bis zum Ende seines Arbeitsverhältnisses fortgedauert hat, weshalb er seinen Anspruch auf bezahlten Urlaub nicht ausüben konnte. Hinsichtlich einer finanziellen Vergütung für den bezahlten Jahresurlaub, den der Arbeitnehmer nicht nehmen konnte, hat der EuGH entschieden, dass der Arbeit-

nehmer so gestellt wird, als hätte er diesen Anspruch während der Dauer seines Arbeitsverhältnisses ausgeübt.

Das BAG hat sich nun in seiner **Entscheidung vom 24.3.2009 – 9 AZR 983/07** – der Auffassung des EuGH angeschlossen, somit ist die bisherige gegenteilige Rechtsprechung gegenstandslos geworden. Nach dem BAG-Urteil haben nun Beschäftigte, die lange Zeit erkrankt sind, Anspruch auf „Nachholung“ ihres Urlaubs und zwar rückwirkend ab 2. August 2006. Zudem findet eine finanzielle Abgeltung statt, wenn der Beschäftigte bis zum Ende des Arbeitsverhältnisses nicht wiederhergestellt sein sollte.

Die EuGH-Entscheidung enthält keine Aussage über den Nichtverfall von tarifvertraglich vereinbartem Mehrurlaub, der nicht bis zum 31.3. des Folgejahres genommen worden ist. Die Entscheidung betrifft lediglich den gesetzlichen Mindesturlaub von vier Wochen. Der arbeitgebernahe Rehm-Kommentar zum TV-L/TVöD weist darauf hin, dass ein sich auf die EuGH-Entscheidung stützender Abgeltungsanspruch nur im Umfang des gesetzlichen Mindesturlaubs bestehen kann.

Unserer Ansicht nach ist der § 26 TV-L/TVöD damit wie folgt hinsichtlich der neuen Rechtsprechung anzuwenden: Der gesetzliche Mindesturlaub von vier Wochen erlischt trotz Ablauf des Übertragungszeitraums (§ 26 Absatz 2 a) nicht, wenn der Beschäftigte während des gesamten Bezugsraums oder eines

Teils krankgeschrieben war und seine Arbeitsunfähigkeit bis zum Ende seines Arbeitsverhältnisses fortgedauert hat und er aufgrund dessen seinen Anspruch auf bezahlten Urlaub nicht ausüben konnte. Dahingehend besteht dann zumindest im Umfang des gesetzlichen Mindesturlaubs ein entsprechender Abgeltungsanspruch.

Darüber hinaus schließen wir uns der Argumentation des DGB an, dass auch der tarifvertragliche Mehrurlaub geltend gemacht werden sollte, da es sich um einen Gesamturlaubsanspruch handelt. Dem Beschäftigten ist schließlich nicht bewusst, dass er an einem Tag den Mindesturlaub und am nächsten Tag den Mehrurlaub nimmt. Der über den Mindestschutz bewusst hinausgehende tarifvertragliche Mehrurlaub ist außerdem von den Tarifvertragsparteien hart erstritten worden unter Zugeständnissen in anderen Bereichen. Für den von den Tarifvertragsparteien ausgehandelten Mehrurlaub ergibt sich damit aufgrund der Tarifautonomie ein höheres Schutzbedürfnis.

Auch hinsichtlich der Ausschlussfristen, die zum Erlöschen der Urlaubsansprüche bzw. der Abgeltungsansprüche führen, können lediglich die Ansprüche zum Erlöschen gebracht werden, die über den gesetzlichen Mindesturlaub hinausgehen, da die Regelungen des BurIG §§ 1, 3 Absatz 1, 13 unabdingbar sind. Folglich sind für den Mindesturlaub die Ausschlussfristen unwirksam. Es gilt somit die regelmäßige Verjährungsfrist von 3 Jahren gemäß § 195 BGB.

M. Schenkluhn

Meinungsäußerungsfreiheit bei Kritik am Vorgesetzten

Ein Beamter hatte in einer Dienstaufsichtsbeschwerde seinem Dienstvorgesetzten vorgeworfen, ihm Erlasse vorzuenthalten, offensichtlich Willkür im Rahmen der Personalpolitik zu betreiben, sowie Gesetze und Vereinbarungen zur Integration Schwerbehinderter vorsätzlich nicht zu beachten. Deshalb wurde gegen diesen Beamten eine Missbilligung ausgesprochen, der damit aber nicht einverstanden war.

Nach dem Beschluss des **Bundesverfassungsgerichts vom 20.9.2007 – 2 BvR 1047/06** – war der Eingriff in die Meinungsfreiheit des Beamten als gerechtfertigt anzusehen. Es ging um zwei Grundsatzentscheidungen der Verfassung, nämlich zum einen die Garantie eines für den Staat unentbehrlichen und diesen tragenden Beamtentums und zum anderen die indi-

viduellen Freiheitsrechte eines Beamten, also konkret das Grundrecht der freien Meinungsäußerung. Diese sind dergestalt auszugleichen, dass die für die Erhaltung eines intakten Beamtentums unerlässlichen Pflichten die Wahrnehmung von Grundrechten durch den Beamten einschränken.

Das dienstliche Verhalten eines Beamten muß sich allein an Sachlichkeit, Rechtstreue, Gerechtigkeit, Objektivität und dem Allgemeinwohl orientieren. In diesem Rahmen folgt aus der dem Beamten obliegenden Treupflicht als hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums, dass die Meinungsäußerungsfreiheit bei Beamten nach Maßgabe der Erfordernisse des Amtes Einschränkungen unterliegt. Dies gilt nicht nur für politische Meinungsäußerungen in der

Öffentlichkeit, sondern auch und gerade bei der innerdienstlichen Beurteilung des Verhaltens eines Dienstherrn.

Den Beamten trifft also die allgemeine Pflicht, zu achtens- und vertrauenswürdigem Verhalten gegenüber dem Dienstherrn. Im Rahmen von Beschwerden und sonstigen Eingaben darf sich der Beamte freimütig und deutlich ausdrücken, muss dabei aber sachlich bleiben. Ihm ist zugestehen, je nach Anlass, auch harte Worte zu gebrauchen und zusammenfassende Wertungen auszusprechen. Jedoch darf er auch hier nicht verleumderische, diffamierende oder beleidigende Aussagen über andere oder sonst wissentlich oder unter Verletzung der zumutbaren Sorgfalt unwahre Angaben machen.

Dr. Otto



Stand der Entgeltordnung

Im Rahmen des Tarifabschlusses 2003 haben sich die Gewerkschaftsseite und die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes auf eine Neugestaltung des Tarifrechts geeinigt. Demzufolge sollen die Eingruppierungsregelungen des BAT durch eine neue Entgeltordnung ersetzt werden.

Bislang erfolgt die Eingruppierung weiterhin nach den Vorschriften des BAT (§§ 22, 23 BAT) und der Vergütungsordnung und Lohngruppenverzeichnisse für Arbeiterinnen und Arbeiter. Im neuen Tarifrecht (TVöD/TV-L) gibt es diese Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern nicht mehr. Die alten Systeme waren für die Beschäftigten schwer zu durchschauen bzw. nicht nachzuvollziehen und auch nicht mehr zeitgemäß. Viele neu entstandene Berufe und Tätigkeiten konnten nicht erfasst werden, was zu Eingruppierungsproblemen und Rechtsstreitigkeiten führte.

Eigentlich sollten die Entgeltordnungsverhandlungen bis Ende 2007 abgeschlossen sein. Doch haben die Arbeitgeber von Bund und Kommunen die Verhandlungen lange verschleppt. Wohl auch deshalb, weil sie keine Vorstellungen bzw. kein Konzept erarbeitet hatten.

Das Modell der Gewerkschaftsseite sieht vor, dass die Eingruppierung in zwei Schritten erfolgt: Erstens die Bestimmung des für die auszuübende Tätigkeit zutreffenden Grundmerkmals (Kenntnisse und Fertigkeiten) und zweitens die Feststellung der anzuerkennenden und zutreffenden Zusatzmerkmale (Selbstständigkeit, Verantwortung, Schwierigkeiten, soziale Kompetenz sowie psychische oder physische Anforderungen). Die abschließende Bewertung der auszuübenden Tätigkeit nach Grund- und Zusatzmerkmalen bildet dann die Eingruppierung.

Seit Anfang dieses Jahres sind die Verhandlungen zur Entgeltordnung und für den Sozial- und Erziehungsdienst aufgenommen worden. Nun endlich haben die Arbeitgeber auch ein eigenes Modell vorgelegt, das allerdings bei der Umsetzung zu massiven Herabgruppierungen führen würde. Da keine weitere Annäherung hinsichtlich der Entgeltordnung zu erwarten ist, will die Gewerkschaftsseite in Kürze über Schlussfolgerungen entscheiden.

M. Schenkluhn



Projekt „Die Polizei im NS-Staat“

Das NS-Regime konnte sich von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang auf die Polizei stützen. Nicht nur die Gestapo, sondern alle Sparten der deutschen Polizei waren am Terror gegen die politischen und weltanschaulichen Gegner des NS-Staats beteiligt, zunächst im Innern des Deutschen Reiches und seit Kriegsbeginn 1939 schließlich in den von der Wehrmacht eroberten Gebieten.



Dr. Detlef Graf von Schwerin, Leiter des Zentrums für Zeitgeschichte der Polizei an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg, während des Auftakt-Symposiums.

Von Norwegen bis Griechenland, von Frankreich bis in die besetzten Gebiete der Sowjetunion sicherte die deutsche Polizei die nationalsozialistische Herrschaft. Besonders in Osteuropa begingen Polizeieinheiten viele Verbrechen: Sie waren maßgeblich am Mord an den europäischen Juden beteiligt und an der Verfolgung von Widerstandsgruppen gegen das nationalsozialistische Besatzungsregime. Sie wirkten auch an der Verschleppung von Zivilisten zur Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft mit.

Wer waren die Männer (und wenigen Frauen) in der deutschen Polizei, die Juden, Roma und Sinti sowie politische und weltanschauliche Gegner des Nationalsozialismus verfolgten? Welche strukturellen Bedingungen prägten das Verhalten der Polizeiangehörigen, dass sie die Politik des NS-Regime hinnahmen und schließlich vielfach sogar zu Mördern wurden? Wer verweigerte sich den verbrecherischen Befehlen? Welche Motive waren dafür ausschlaggebend?

Auf diese grundlegenden Fragen versucht das Projekt „Die Polizei im NS-Staat“ Antworten zu geben, indem es

die Ergebnisse der Forschung bündelt und in einer temporären Ausstellung im Deutschen Historischen Museum (DHM) für die Öffentlichkeit aufbereitet.

In der Öffentlichkeit werden die Verbrechen der Polizei im NS-Staat noch immer allein der Gestapo zugeschrieben. Dabei konnten wissenschaftliche Forschungen der letzten Jahre eindrucksvoll bestätigen, dass auch die Kriminal- und Ordnungspolizei maßgeblich in die NS-Verbrechen involviert waren. Am Beispiel der Ordnungspolizei, dem „Fußvolk der „Endlösung“, lässt sich nachweisen, in welchem Umfang „ganz normale Männer“ (Christopher Browning) an der Ermordung der europäischen Juden beteiligt waren. In der Mehrheit waren die Polizisten weder überzeugte Weltanschauungskrieger, noch bloße Befehlsempfänger. Sie besaßen durchaus Handlungsoptionen. Dennoch entzogen sich nur wenige von ihnen den verbrecherischen Befehlen.

Die Ausstellungen und die darauf aufbauenden Bildungsmaterialien, die das Projektteam erarbeitet, wollen diese Erkenntnisse erstmals sowohl einer breiten Öffentlichkeit, als auch den Polizeibeamten vermitteln. Dabei sollen die orga-

nisatorischen Strukturen des komplexen und unübersichtlichen Polizeiapparats im NS-Staat verdeutlicht, aber auch das Verhalten und die Handlungsoptionen einzelner Polizisten thematisiert werden. Damit werden zugleich grundsätzliche Fragen nach dem Verhalten von Menschen in einer Diktatur angesprochen. Das Lernen am historischen Beispiel soll Polizeibeamte für die problematischen Aspekte ihres Berufs in der Gegenwart aufmerksam machen. Sie sollen daran erinnert werden, wie leicht legitime Machtausübung in Machtmissbrauch umschlagen kann.

Träger, Projektteam und Gremien

Das Projekt wird von der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster realisiert, ihr Kooperationspartner ist das Deutsche Historische Museum in Berlin. Das Projektteam arbeitet außerdem eng mit Hochschulen, Gedenkstätten und Museen zusammen.

Das Projekt wird von einem vierköpfigen Historikerteam unter Leitung von Dr. Wolfgang Schulte (Deutsche Hochschule der Polizei) mit Unterstützung von Dr. Detlef Graf von Schwerin (Leiter des Zentrums für Zeitgeschichte der Polizei an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg) erarbeitet. Zu dem Team gehören PD Dr. Mariana Hausleitner, Florian Dierl, Martin Hölzl und Andreas Mix.

Die Arbeit des Projektteams wird von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet. Der Beirat besteht aus renommierten Zeithistorikern und Sozialwissenschaftlern mit Forschungsschwerpunkten zur NS- und Polizeigeschichte. Als Vorsitzender wurde Professor Dr. Reinhard Rürup gewählt. Gegenüber der nationalen und internationalen Öffentlichkeit wird ein Kuratorium das Projekt vertreten, es besteht aus bekannten in- und ausländischen Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik.

Projektkomponenten

Mit dem Projekt arbeitet die deutsche Polizei ihre eigene Geschichte auf. Obwohl es seit den 90-er Jahren einige bemerkenswerte Ansätze zur kritischen Selbsthistorisierung gegeben hat, ist die





Die GdP präsentierte zum Symposium Material zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Fotos: Schulte

Rolle der Polizei im NS-Staat weder in den Polizeien der Bundesländer, geschweige denn in der allgemeinen Öffentlichkeit hinreichend bekannt. Dies zu ändern, ist das Ziel des Projekts. Es besteht aus mehreren Komponenten, die sich an verschiedene Adressatenkreise richten: Die allgemeine Öffentlichkeit, die polizeiinterne Öffentlichkeit und das Fachpublikum.

Auf die Fachöffentlichkeit zielte das Auftakt-Symposium, das vom 13. bis zum 15. Mai 2009 in der Deutschen Hochschule der Polizei Münster stattfand. In fünf Workshops, die von bekannten Historikern wie Prof. Dr. Peter Longenrich, Prof. Dr. Klaus-Michael Mallmann, Prof. Dr. Alf Lütke und Prof. Dr. Patrick Wagner moderiert wurden, stellten Wissenschaftler ihre Forschungen zur Diskussion. Die Beiträge betrafen den Einsatz der verschiedenen Polizeisparten im Deutschen Reich und im besetzten Osteuropa, die Kollaboration einheimischer Polizeien mit den deutschen Besatzern und die historisch-politische Bildungsarbeit innerhalb der Polizei. Da an dem Symposium nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Polizeibeamte teilnahmen, bot es die Möglichkeit, die Ergebnisse der Forschung aus den vergangenen Jahren unmittelbar in die Polizei zu vermitteln. Insgesamt nahmen mehr als 80 Personen an der Veranstaltung teil, darunter auch Historiker aus Griechenland, Israel, Italien, Österreich und Norwegen (ein ausführlicher Konferenzbericht ist nachzulesen unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>)

Die Beiträge des Symposiums werden im Herbst in einem Sammelband publiziert.

Der zentrale Teil des Projekts ist die temporäre Ausstellung im Pei-Bau des Deutschen Historischen Museums in Berlin im Frühjahr 2011. Sie umfasst die Geschichte der Polizei im NS-Staat in all ihren Facetten mitsamt der Vor- und Nachgeschichte. Die Ausstellung richtet sich an die allgemeine Öffentlichkeit, die über die weitgehend unbekannt Geschichte der Polizei und ihrer Stellung im NS-Staat informiert werden soll. Die Ausstellung wird in einem Katalog dokumentiert.

Darüber hinaus gibt es Projektkomponenten, die sich an die polizeiinterne Öffentlichkeit richten. Dazu zählt ein Ausstellungsmodul, das in den Bildungseinrichtungen und Behörden der Länderpolizeien und der Bundespolizei als Dauerausstellungen gezeigt und jeweils um regionale Komponenten ergänzt werden kann. Das Ausstellungsmodul bildet damit den Kern für mehrere regional orientierte Dauerausstellungen, die für die Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten genutzt werden können.

Das Projektteam erarbeitet außerdem in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung multimediale Unterrichtsmaterialien zum Thema „Die Polizei im NS-Staat“. Die Materialien sollen die Polizeibeamtinnen und -beamten über die Geschichte ihres Berufsstands informieren und ihnen eine praktische Hilfe im Umgang mit dem gegenwärtigen Rechtsextremismus sein.



Die Unterrichtsmaterialien können für die außerschulische Erwachsenenbildung genutzt werden. Die Frage, warum und unter welchen Bedingungen Menschen sich Diktaturen unterwerfen und im Extremfall bei entsprechenden Rahmenbedingungen zu Mördern werden bzw. sich dem Morden verweigern, ist nicht bloß für die Aus- und Fortbildung von Polizeibeamten relevant. Die historischen Fallbeispiele sollen für die allgemeine politisch-historische Bildung genutzt werden.

Bitte um Mithilfe

Das Projektteam sucht dafür noch Material zur Polizei im NS-Staat, z. B. Fotos, Feldpostbriefe und Dokumente. Auch Hinweise auf Objekte von den gewerkschaftlichen Organisationen der Polizeibeamten aus der Zeit vor 1933 wären für das Team sehr interessant.

PD Dr. Mariana Hausleitner

Ansprechpartnerin des Projektteams:

PD Dr. Mariana Hausleitner
Deutsche Hochschule der Polizei
Außenstelle Berlin-Biesdorf
Cecilienstr. 92
12683 Berlin
Telefon: +49-30-466 49 90-260
Telefax: +49-30-466 49 90-299
E-Mail: mariana.hausleitner@fhpolbb.de
http://www.dhpol.de/de/hochschule/Fachgebiete/01_projekt.php



Das GdP-Material zu Fragen zum Rechtsextremismus kann bei den GdP-Landesbezirken sowie den Bezirken Bundespolizei und Bundeskriminalamt angefordert werden.





Den Islam einbürgern?

Religiös oder politisch extremistisch motivierte Parallelgesellschaften in Deutschland



Foto: Arno Burgl / dpa

Aus den verschiedensten Gründen verlassen in der gesamten Welt Menschen ihre Heimat, um ihren Lebensmittelpunkt zu verlegen. Mehr als 150 Millionen Menschen leben in einem Staat, der nicht ihre Heimat ist. Gründe für diese Wanderungsbewegung sind schlechte Lebens-, Klima- und Umweltbedingungen, starkes Bevölkerungswachstum und stockende wirtschaftliche Entwicklung, Gewalt oder Machtmissbrauch und religiöse Verfolgung in den Herkunftsstaaten sowie wirtschaftlicher Anreiz der Industriestaaten

Nach einer Studie des Statistischen Bundesamtes leben allein in Deutschland 15,3 Mio. Migranten, das sind 18,6 % der Gesamtbevölkerung. Die meisten von ihnen leben in den alten, nur vier Prozent von ihnen in den neuen Bundesländern¹. Den größten Teil unter ihnen stellen Türken². Aus diesem Grund wird in dieser Betrachtung ein Schwerpunkt auf türkische Migranten gelegt.

Diese Gruppe ist keinesfalls homogen, sondern kann sowohl nach Religionen als auch nach Volkszugehörigkeiten unterschieden werden.



Volkszugehörigkeit **türkisch**

Religion
sunnitische Muslime, Aleviten

Volkszugehörigkeit **kurdisch**

Religion
sunnitische Muslime, Yeziden, Aleviten

Die jahrhundertelange Ausgrenzung der Aleviten – resultierend noch aus der Zeit des Osmanischen Reiches – und die Benachteiligung dieser Glaubensrichtung in der türkischen Republik haben dazu geführt, dass diese Menschen sich als unterdrückt betrachteten und in der Regel aus einer oppositionellen Haltung gegenüber dem konservativ-kemalistischen³ Regime in ihrer Heimat linke Parteien wählten. Dieses wiederum provozierte in den 1970er Jahren Ausschreitungen, bei denen alevitische Wohnquartiere verwüstet wurden. Bei späteren Anschlägen und gewalttätig verlaufenden Demonstrationen in den 1990er Jahren starben 61 Aleviten⁴.

Die Yeziden werden von ihrer muslimischen Umwelt als „Teufelsanbeter“ diffamiert, da ihr religiöses Symbol einen Engel in Pfauengestalt darstellt⁵.

Schließlich trachten die Kurden nach einer Separation⁶ von der Türkei, was mit dem Nationalstolz der Türken nicht vereinbar ist.

In Deutschland spiegeln sich selbst Jahrzehnte nach der Einwanderung der so genannten Gastarbeiter weiterhin die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und Konflikte wider, die in den jeweiligen Herkunftsländern ihren Ursprung und Bezugspunkt finden.

Die Lebenssituation von türkisch-stämmigen Muslimen in Deutschland

In einer Stellungnahme der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein⁷ vom 18. November 1998 zur Anhörung des Sozialausschusses des Landestages Schleswig-Holstein wird die Lebenssituation der türkisch-stämmigen Migrantinnen und Migranten wie folgt beschrieben: „In der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland wurden, um den Arbeitskräftemangel zu lindern, zunächst erst ab 1955 Italiener und Spanier, dann die Türken Anfang der 60er Jahre als so ge-

nannte Gastarbeiter angeworben. Aber der größte Teil der angeworbenen Arbeitnehmer ist nicht zurückgekehrt, sondern hier geblieben. Nach dem Anwerbestopp im Jahr 1973 kamen keine Arbeitnehmer mehr. Aber dann holten die so genannten Ausländer ihre Familienangehörigen nach. Ab Ende der 70er Jahre kamen erst sehr viele politisch Verfolgte und später auch Flüchtlinge nach Deutschland. Inzwischen beträgt der Anteil der nicht eingebürgerten Zuwanderer 8 % der gesamten Bevölkerung. Allerdings wurden aber aus dieser Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland mit ca. 7 Millionen so genannten Ausländern faktisch ein Einwanderungsland geworden ist, keine adäquaten Schlussfolgerungen gezogen. Es wird in großen Bereichen weiterhin eine „Ausländerpolitik“ betrieben. Diese Ausländerpolitik hat zur Folge, dass die nichtdeutsche Bevölkerung nicht als Bestandteil dieser Gesellschaft akzeptiert und danach behandelt wird.“

Die Soziologin Necia Kelek beschreibt die Lebenssituation türkischer Migrantinnen und Migranten wie folgt: „Viele ... kommen vom Land, sind eher bildungsfern und haben ein sehr traditionalistisches Weltbild, das mit der offenen, liberalen Gesellschaftsform hier kollidiert. Dieses Weltbild ist antiindividualistisch, der Einzelne wird als Teil der Familie oder der Dorfgemeinschaft gesehen. Dort gibt es eine klare Macht- und Aufgabenverteilung: der Vater ist oben. Er hat das Sagen. Ihm haben alle Respekt und Gehorsam zu zollen. Die Mutter führt den Haushalt und soll in der Öffentlichkeit möglichst nicht auftreten. Viele Frauen sprechen daher kaum ein Wort Deutsch ... Die Bildung und Ausbildung ... hat im Wertesystem vieler türkischer Eltern ... keine so große Bedeutung, ... weil es das familiäre Rollenverständnis untergräbt, wenn die Kinder plötzlich klüger sind als der Vater. Viele Eltern haben Angst, dass sich die Kinder individualisieren. Sie wollen sie nicht in die Moderne entlassen. Denn Moderne bedeutet: Individualität und Freiheit.“⁸

Ging man noch bis vor Kurzem davon aus, dass sich muslimische Migranten und Migrantinnen nach einer Eingewöhnungszeit ihre kulturellen und religiösen Wurzeln hinter sich lassen, so bestätigt insbesondere die 1997 von einer Wissenschaftlergruppe der Universität Bielefeld unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer erstellte Untersuchung an 1.200 türkisch-stämmigen Jugendlichen, dass sich diese Menschen auch noch in den Folgegenerationen als Muslim bzw. Muslima – und

zwar nicht nur im distanziert-„aufgeklärten“ Sinne – verstehen; insoweit wird hier auch ein Versagen der Integrationspolitik konstatiert⁹.

Mittlerweile ist mit der Jugendgeneration der Islam in Deutschland vielfältiger geworden. Auch gehören Protest und Provokation – so wie bei anderen Jugendkulturen – zu den Erscheinungen im Alltag, die sich in einer eigenen Popkultur (z. B. der Rapper „Ammar114“¹⁰, einer islamischen Streetwear¹¹, dem Tragen von Kopftüchern (arab. Hidschab oder türk. Türban) oder eines Kettenanhängers mit dem Namen Allahs, der gezielten Suche nach einem muslimischen Partner¹² oder der Einnahme von Lebensmitteln, die streng nach den religiösen Geboten (kein Schweinefleisch, kein Alkohol) zubereitet, also „halal“ und „haram“ sind¹³, manifestieren¹⁴.

Die 2007 von der Bundesregierung vorgelegte Studie „Muslime in Deutschland“ stellte bei 40 % aller Befragten eine „fundamentale Orientierung“ fest – verbunden mit der Tendenz, „Muslime, die dem nicht folgen, auszugrenzen, sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten.“¹⁵

Assimilation als Idealbild?

In den 1930er Jahren wurde in den USA die Idealvorstellung einer gelungenen Integration über drei Generationen entwickelt. Dabei wurde von einer Assimilierung, also einer Aufgabe der Herkunftskultur, ausgegangen. „Die Beibehaltung kultureller Eigenheiten oder die Entwicklung einer Mischkultur wird in der deutschen Öffentlichkeit als gescheiterte

Nach der Genfer Flüchtlingskonvention sind Migranten Menschen, „die (...) aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen wollen; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befinden, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, und nicht dorthin zurückkehren können oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren wollen.“





MIGRATION

Integration wahrgenommen.“¹⁶ Kritiker begegnen dem Vorwurf der Integrationsunwilligkeit bestimmter Migranten und Migrantinnen mit dem Hinweis, dass diese sich nicht der Mehrheitsgesellschaft verweigern, sondern ihnen von der Mehrheitsgesellschaft die Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger verweigert werde.¹⁷

Mit dem Begriff Parallelgesellschaften wird insbesondere in der Öffentlichkeit seit einigen Jahren das allgemeine Scheitern der Integration von zumeist muslimischen Zuwanderern in Deutschland beschrieben.¹⁸ „Aus der Perspektive der (Mitglieder) von Parallelgesellschaften fällt die Bilanz weniger trübe aus. Denn diese erleichtern (ihnen) den Wechsel in

eine kulturell radikal anders geprägte Ordnung, wie wir es bei Einwanderern häufig erleben. Sie machen die sonst fällige Isolation erträglicher. Parallelgesellschaften begründen einen Schutz- und Orientierungsraum. Sie geben dem Einzelnen Gemeinschaft, stellen so soziale Beziehungen her, wirken dadurch stabilisierend, im Übrigen auch aktivierend ...“.¹⁹

Messgrößen für Assimilation

Als Messgröße für den Grad der Integration hat die Stiftung für Türkeistudien in einer Untersuchung die Rückkehrabsicht und die Heimatverbundenheit türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten untersucht. Danach planen 60 %

der Befragten nicht mehr, in die Türkei zurückzukehren. Gleichwohl empfinden 38 % der Befragten die Türkei immer noch als Heimat; 22 % sehen Deutschland als Heimat und 30 % betrachten beide Länder als Heimat, 10 % betrachteten beide Länder nicht als ihre Heimat. Die Türkeiverbundenheit nahm nach dieser Untersuchung in den Jahren 2000 bis 2005 kontinuierlich zu. Der Wert derjenigen, die sich in keinem der beiden Länder heimisch fühlen, ist dabei der besorgniserregende, denn „das Gefühl von Heimatlosigkeit kann dazu führen, auch keine Orientierung mehr zu haben und so in die Marginalisierung abzufallen“.²⁰ Genau hier bildet sich auch der Nährboden für die Menschen, die sich gegenüber der Mehrheitsgesellschaft abschotten und in einer Parallelgesellschaft leben wollen.

13.2.2009 Landgericht in Hamburg: Nach dem Urteilspruch im Prozess um den so genannten Ehrenmord an der 16 Jahre alten Deutsch-Afghanin Morsal – der Angeklagte 24-jährige Bruder des Opfers wurde zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt – ging der jüngere Bruder des Angeklagten auf Journalisten los. Die völlig aufgelöste Mutter wird von einem Verwandten festgehalten.

Foto: Maurizio Gambarini/dpa



Vermischung mit der Mehrheitsgesellschaft

Obwohl viele Aussiedler – mit vier Millionen Personen die größte Migrantengruppe – im Familienverband auswanderten, suchten sich schon in der ersten Generation 17 % einen Ehepartner aus der Mehrheitsgesellschaft. Schon in der zweiten Generation vervierfachte sich diese Zahl der Ehen mit Partnern aus der Mehrheitsgesellschaft auf 67 %. Im Gegensatz dazu türkisch-stämmige Migranten: Eine Vermischung mit der Mehrheitsgesellschaft ist eher die Ausnahme. Noch immer führen 93 % der in Deutschland Verheirateten eine Ehe mit Personen der gleichen Herkunftsgruppe²¹.

Ausmaß und Gründe für die Ausbildung von Parallelgesellschaften

Die o. g. Studie der Stiftung für Türkeistudien kommt zu dem Ergebnis, dass ca. 15 % der hier in Deutschland lebenden türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten einer Parallelgesellschaft zuzurechnen sind. Besonders groß sei der Anteil der Menschen über 60 Jahren, Menschen der Erstgeneration sowie nachgereiste Ehepartner der Menschen der zweiten Generation. Am sichtbarsten sei die Korrelation zwischen Segregation und fehlenden Deutschkenntnissen.²²

Die Gründe für die Ausbildung von Parallelgesellschaften können mit einer Kulturdifferenz erklärt werden. Je größer der Abstand der eigenen Kultur zur



Mehrheitskultur ist, desto eher scheint die Bereitschaft zur Abgrenzung von ihr ausgeprägt zu sein.

So sieht Serap Çileli den Import islamisch geprägter Stammesgesellschaften nach Deutschland als ursächlich für die Ausprägung von Parallelgesellschaften an. Diese Menschen versuchten, ihre mitgebrachten patriarchalischen Familienstrukturen zu konservieren und sogar noch auszubauen, denn als Schutz vor einer Assimilierung in die westliche Gesellschaft werde der eigene Glaube noch frommer ausgelebt. Demjenigen, der sich den Familiengebieten widersetze, werde mit Gewalt gedroht. Kinder würden gefügig und mundtot gemacht, „damit sie wie hilflose Schafe immer den Schutz ihrer Familie suchen“. Als Motiv für dieses Handeln dienen der durch die Religion legitimierte Ehrbegriff, der Frauen zum Besitz der Familie erklärt, und im Koran zahlreiche Stellen, wo Gewalt als zulässiges Mittel definiert²³ werde.

Beispiele für die Bildung von Parallelgesellschaften

Parallelgesellschaften mit islamistischer Prägung

Die Ausbildung von Parallelgesellschaften in Deutschland durch eine extremistisch religiöse Auslegung des Korans soll durch zwei Beispiele verdeutlicht werden. Die Beispiele (IGMG und Salafismus) wurden gezielt zur Darstellung der Bandbreite des Phänomens gewählt. Dabei ist beachtlich, dass es im Islam – nicht wie in westlich-christlich²⁴ geprägten Gesellschaften – keine Trennung von Staat und Kirche gibt. Nicht nur das religiöse, sondern insbesondere auch das weltliche Leben eines Muslims wird durch den Koran geregelt. Allen islamistischen Bestrebungen ist gemein, dass sie Gesellschaften anstreben, die sich

streng nach der Scharia, der muslimischen Rechtsordnung mit Regelungen für religiöse Rituale, oder für das Familien-, Straf- und Erbrecht, ausrichten.

Beispiel 1: Die IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V.) – Der Islam in Deutschland ist überwiegend türkisch geprägt²⁵. So werden z. B. in Deutschland der IGMG 27,000 Mitglieder zugerechnet. Die IGMG „ist im Wesentlichen bestrebt, türkischstämmigen Muslimen eine eigenständige Identität auf der Basis islamistischer wie auch türkisch-nationalistischer Anschauungen zu vermitteln. Diese Identität definiert sich in Abgrenzung zur freiheitlichen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und propagiert die ... Scharia ... als Grundlage ihres Gesellschaftsmodells. Mit dieser Integrationsfeindlichkeit fördert die IGMG die Bildung von Parallelgesellschaften in Deutschland.“²⁶

Die IGMG sei – nach eigenem Bekunden in der ihr nahestehenden Publikation *Millî Gazete*²⁷ – „eine wichtige Bewegung nicht nur für dieses Land, sondern für die ganze Welt. Sie ist unter allen politischen Bewegungen weltweit die einzige ..., die das Ziel verfolgt, eine Neue Welt zu schaffen.“ Das intolerante Islamverständnis der Organisation wird an der Reaktion auf den in der öffentlichen Diskussion benutzten Begriff „gemäßigter Islam“ deutlich, der als Modeausdruck und leere Hülle verworfen wird: „Jeder muss wissen, dass der gemäßigte Islam nicht die Nähe zum Islam, sondern eine Position gegen den Islam zum Ausdruck bringt.“²⁸ Zentrales Anliegen der IGMG ist, durch an Kinder und Jugendliche gerichtete Bildungsarbeit (z. B. durch die Einrichtung von Kindergärten, Abhalten von Koranschulungen, Ausrichten von Jugendseminaren) – im deutlichen Widerspruch zu öffentlich bekundeten Integrationsbemühungen – eine Abgrenzung zu Gleichaltrigen der westlichen Gesellschaft zu erreichen²⁹ und damit desintegrativ zu wirken.

Die integrationsfeindliche Haltung der IGMG wurde durch den türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan geschürt, der gleichzeitig Vorsitzender der islamischen Regierungspartei AKP ist. In einer am 10.2.2008 in Köln vor 20.000 türkischstämmigen Migranten gehaltenen Rede³⁰ erklärte er: „Die Tatsache, dass Sie seit 47 Jahren Ihre Sprache, Ihren Glauben, Ihre Werte, Ihre Kultur bewahrt haben, vor allem aber, dass Sie sich gegenseitig stets unterstützt haben, diese Tatsache liegt jenseits aller Anerkennung. Ich verstehe die Sensibilität, die Sie gegenüber Assimilation zeigen, sehr gut. Niemand kann von Ihnen erwarten, Assimilation zu tolerieren. Niemand kann von Ihnen erwarten, dass Sie sich einer Assimilation unterwerfen. Denn Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie sollten sich dessen bewusst sein.“

Der Einschätzung der Integrationsfeindlichkeit widerspricht allerdings ein Beitrag in den Peiner Nachrichten vom 21.7.2007 über Integrationsbemühungen des IGMG-Vereines in Peine (Niedersachsen), in dem die Organisation zusammen mit deutschen Lehrern die Sprachkompetenz türkischer Schüler durch entsprechenden zusätzlichen Unterricht zu verbessern versucht.³¹ So sieht auch die Verfassungsschutzbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen mittlerweile bei dieser Organisation „Tendenzen einer allmählichen Loslösung von islamistischen Inhalten“, vermag sich aber noch nicht festzulegen, ob „das Zurücktreten islamistischer Kreise innerhalb der IGMG und die Öffnung in Richtung der demokratischen Gesellschaftsordnung von Dauer sein wird.“³²

Beispiel 2: Salafismus als Grundlage der Radikalisierung – Seit Jahren bilden sich nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden in Deutschland religiöse Lehr- und Bildungsinfrastrukturen mit salafistischen Grundlagen aus. Unter Sala-



fismus versteht man eine Religionslehre, die sich an den „frommen Altvorderen“ ausrichtet, also das Leben und das Wirken des Propheten Muhammad als verbindliches Vorbild für alle Zeiten vorgibt. Das geht so weit, dass z. B. an einer niedersächsischen Moschee von einem salafistischen Prediger die Verheiratung neunjähriger Mädchen auch in Deutschland propagiert wird.³³ Salafistisches Gedankengut wird auch in der Braunschweiger Islamschule³⁴ – so z. B. durch den „Superstar der ultrakonservativen deutschen Salafis“³⁵ Pierre Vogel – verbreitet. Nach einer Studie der Polizei New York³⁶ markiert den Salafismus die extreme Intoleranz und Feindseligkeit gegenüber Andersdenkenden und anderen Religionsgemeinschaften wie der von Juden, Christen, Hindus und sogar den muslimischen Schiiten. Die Studie stellte folgende prozesshaft verlaufenden Stufen einer auf der Grundlage des Salafismus ablaufenden Radikalisierung fest:

- Vorstufe: Die Mehrheit der in der Studie untersuchten Personen war mehr oder weniger unauffällig.
- Identifikationsstufe: Die Menschen beginnen, sich mit dem Salafismus vertraut zu machen, schließen sich mit Gesinnungsgenossen zusammen und brechen Kontakte zu ihrem alten Freundes- und Bekanntenkreis ab.
- Indoktrinationsstufe: Die Stufe ist durch eine vollständige Internalisierung der Ideologie geprägt, bei der immer mehr der militant geführte Dihad in den Vordergrund rückt.
- Dihadisierungsstufe: Die Menschen betrachten es in dieser Stufe als ihre persönliche Pflicht, aktiv am Dihad gegen die Feinde des Islams teilzunehmen.

Als besondere Risikogruppe erachten die Verfassungsschutzbehörden radikalisierte Konvertiten, die ihren Glaubensbrüdern ihre religiöse Zuverlässigkeit beweisen müssen³⁷. Als besonderes Beispiel dient hier die sog. Sauerlandgruppe³⁸, die vor Verübung von Attentaten von den Sicherheitsbehörden festgenommen werden konnten.

Beispiel 3: Die Bildung von politisch-ideologisierten Parallelgesellschaften am Beispiel der Kurden in Deutschland – Hinsichtlich der Asylantragszahlen nimmt die Türkei als Herkunftsländ seit Jahren regelmäßig obere Rangplätze ein. Die Mehrzahl dieser Antragsteller sind Kurden. Der Anteil der Kurden an der Gesamtzahl türkischer Erstantragsteller blieb in den letzten Jahren relativ konstant und betrug 2007 78,9 %³⁹. Eine ge-



Freitagsgebet in der Merkez-Moschee in Duisburg Marxloh. Mit Platz für 1.200 Gläubige ist sie eine der größten Moscheen in Deutschland. Foto: Achim Scheidemann/dpa

nauere Zahl der in Deutschland lebenden Kurden ist schwer festzustellen, weil diese Volksgruppe jeweils Staatsbürger ihrer Herkunftsländer sind und nur diese Eigenschaft behördlich erfasst wird. Schätzungen gehen allerdings von ca. 600.000 Kurden in Deutschland und ca. 875.000 in Westeuropa aus⁴⁰. Ca. 11.500 der in Deutschland lebenden Kurden werden als Mitglied oder Anhänger der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) bzw. der Nachfolgeorganisation KONGRA GEL angesehen⁴¹. Der Einfluss des KONGRA GEL auf die kurdisch-stämmige Gesellschaft in Deutschland dürfte aber weitaus größer sein.

Die PKK einschließlich ihrer Teilorganisation „Nationale Befreiungsfront

Kurdistans“ (ERNK) wurde mit Verfügung vom 22.11.1993 vom Bundesminister des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt. Dem Betätigungsverbot lag die Feststellung zugrunde, dass die Tätigkeit der PKK sowie ihrer Teilorganisationen gegen Strafgesetze verstößt, sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, sowie die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.

Der Bundesminister des Innern hält das Betätigungsverbot gegen die PKK und auch gegen ihre Nachfolgeorganisationen „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) und „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL) nach wie

MIGRATION

vor aufrecht, weil eine dauerhafte Abkehr von den verbotskausalen Handlungen bisher nicht vollzogen wurde. In Deutschland agiert die Organisation trotz des bestehenden Betätigungsverbot konspirativ weiter.

Die Organisation vermag es bis heute nicht, sich in der Türkei und in Europa als politischer Ansprechpartner für die Belange der Kurden in der Türkei zu etab-

lieren. Das Beharren an einem Führungsanspruch des inhaftierten Abdullah Öcalan sowie das Festhalten an der Linie der „legitimen Selbstverteidigung“, also dem Einsatz militärischer Mittel, zeigt, dass eine Abkehr von der ursprünglichen Linie der PKK bisher nicht vollzogen wurde und ihr „Friedenskurs“ nicht glaubwürdig ist. Dafür sprechen auch die zunehmenden Anschläge in der Türkei, zu denen sich die der PKK/dem KONGRA GEL zuzu-

rechnenden Freiheitsfalken Kurdistans bekannt haben.

Die hierarchische Struktur unter demokratiefeindlicher autoritärer Führung besteht auch in Europa, entgegen anders lautender Programmatiken der Organisation, unverändert fort. Auch verfügt die Organisation nach wie vor über eine große Anhängerschaft in Europa, die über die laufenden propagandistischen Kampagnen hinaus auch für militante Aktivitäten



jederzeit mobilisiert werden kann, wenn die Leitung der PKK/des KONGRA GEL dies – wie zuletzt 1999 – für angezeigt hält.

Nach einem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 2.5.2002 wurde die PKK in die Liste nach Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 (EU-Terrorliste) aufgenommen. Mit Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 2.4.2004 wurde die PKK auch unter den Folgebezeichnungen KADEK und KONGRA-GEL in der Liste der terroristischen Organisationen weitergeführt.

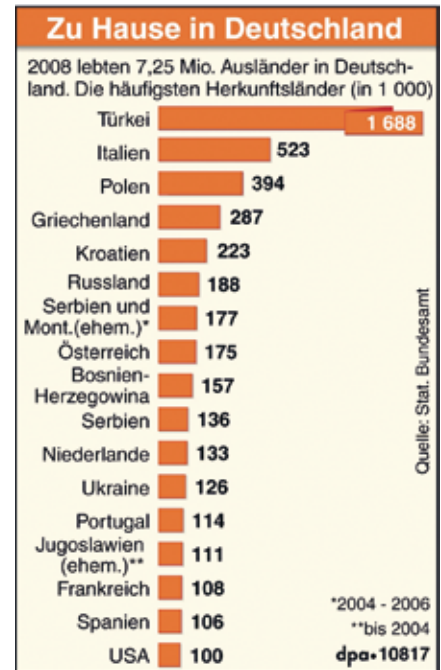
Der KONGRA GEL ist auch in der Diaspora in seiner Zentrierung auf den von der Türkei seit 10 Jahren inhaftierten PKK-Gründer Öcalan gefangen. Allein das geschickte Lancieren einer Meldung über seine angebliche Misshandlung in türkischer Haft – insbesondere unter Benutzung der Vokabel „Folter“ durch Parteikader – führt zu einem reflexartigen Handeln auf der Straße von Demonstrationen bis hin zu Brandanschlägen insbesondere gegen türkische Menschen und Einrichtungen.

Die PKK/KONGRA GEL-Anhänger sind bei allem ideologischen Überbau aus der marxistisch-leninistischen Ideenwelt immer ihren traditionellen patriarchalen Denk- und Familienstrukturen verhaftet geblieben. Das erkennt auch die Zeitung „Bülten“⁴², ein Organ des KONGRA GEL-nahen YEK-KOM-Verbandes, in der die Menschenrechtswidrigkeit der besonders auch in kurdischen Kreisen verbreiteten Zwangsehe festgestellt wird. Der in diesem Zusammenhang relevante Ehrbegriff sei – so der Beitrag – Ausdruck eines patriarchalen Denkmusters. Die Organisation hat zudem regelmäßig wiederkehrende Probleme mit ihrem Führungspersonal, weil die Auswahlkriterien sich nicht an der Eignung der Probanden orientieren, sondern an eignungsunabhängigen Faktoren wie dem Ansehen der Familie (entstanden z. B. durch Familienmitglieder, die im Kampf für die Partei getötet wurden), körperliche Beschädigungen aus dem oder besondere Leistungen im Guerilla-Kampf. Auch eine von der Organisation in ihren Schriften propagierte Einbindung von Frauen im Führungsgeschäft beschränkt sich mit wenigen Ausnahmen tatsächlich nur auf ein Engagement in Unterorganisationen für Frauen, als Scheinvorstände in den YEK-KOM-Vereinen oder als Anmelderinnen bei versammlungsrechtlichen Aktionen.

Auch in Deutschland reklamiert die PKK/der KONGRA GEL einen Alleinvertretungsanspruch für das „kurdische Volk“ und proklamiert in seinem Auftreten stets demokratisches Handeln. Tatsächlich jedoch findet intern die Meinungsbildung von oben nach unten statt. Auch Wahlen eines so genannten Volksrates in einigen Bölgem⁴³ in Deutschland ist lediglich Makulatur. Insbesondere bei jeder Spendenkampagne wird deutlich, dass nach planwirtschaftlichen Vorbildern Zielvorgaben mit Vehemenz und in einer für die Betroffenen empfindlichen Spendenhöhe durchgesetzt werden. Davon sind sogar Führungskader persönlich betroffen, die ja in einem unbezahlten „Vollzeitjob“ für ihre Organisation arbeiten. Die ideologische Indoktrination wird fast ausschließlich über die götterhaft verklärte Führerfigur Öcalan abgestützt. Eine Planung für die Entwicklung der PKK/des KONGRA GEL nach deren Ableben scheint es nicht zu geben.

Eine Fortentwicklung der Situation für die Kurden in der Diaspora gibt es de facto nicht. Die Organisation ist auf den bewaffneten Kampf in der Türkei und im Nordirak sowie auf das persönliche Schicksal Öcalans unverrückbar fixiert. Westeuropa und die dort lebenden Kurden dienen der Organisation der Akquise von Finanzmitteln, als Reservoir neuer Kämpfer bzw. als Ruheraum ehemaliger Guerilla-Angehöriger.

So ist die PKK/KONGRA GEL-Führung an einer Integration hier lebender Kurden in die deutsche Gesellschaft überhaupt nicht interessiert, würde dies doch eine abnehmende Bereitschaft zur Spendengabe und Unterstützung der Organisation bedeuten, die nur über das Generieren eines steten Rückkehrwillens aufrechterhalten werden kann. Vielmehr wird der deutsche Staat von den PKK/KONGRA GEL-Funktionären nach der Türkei und dem Iran als Feindbild stigmatisiert: Selbst vor einem Vergleich mit der Judenverfolgung im NS-Staat schrecken die Parteiagitatoren nicht zurück. Zusätzlich wird die Meinungsbildung innerhalb der in Deutschland lebenden Kurden fast ausschließlich von den PKK/KONGRA GEL-nahen Medien wie der Tageszeitung Yeni Özgür Politika oder dem aus Dänemark ausstrahlenden Fernsehsender Roj-TV dominiert. Auch die Ciwan n Azad⁴⁴, einer für die Jugend ausgerichteten Publikation der PKK/des KONGRA GEL, bewertet die deutsche Politik als ein Standbein des Vernichtungskonzeptes der Imperialisten und ruft zum Widerstand auf. Hauptaufgabe der Jugend sei, Gue-



rillakämpfer zu werden. Wörtlich heißt es: „Wir müssen in Europa den Beitritt zur Guerilla stärken“. Mit der Generierung eines Feindbildes grenzt sich die Organisation ab und stärkt ihre Identität gegenüber der als feindlich wahrgenommen westlichen Gesellschaft⁴⁵.

Fazit

Die Bildung von Parallelgesellschaften sind historisch keine neuen Sozialphänomene, da Immigranten regelmäßig die Nähe Gleichgesinnter gesucht haben, um die Vielzahl an Herausforderungen, Ängsten und Unsicherheiten in einem fremden Land zu meistern. So bildete sich im 19. Jahrhundert in Chicago eine deutsche Kolonie mit den gleichen als parallelgesellschaftlich bezeichneten Strukturen zur Erhaltung nationaler Identitäten. Auch im Ruhrgebiet gründeten etwa zur gleichen Zeit als Bergarbeiter angeworbene Polen eigene Vereine, eine Gewerkschaft und lebten ihre eigenen Bräuche. Keine dieser Parallelgesellschaften hat die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft zerstört, sondern eine anfängliche Segregation führte zum Ende zur Integration. Allerdings schwächt die Bereitschaft, die Sprache des Einwanderungslandes zu lernen und sich auch außerhalb der eigenen Subkultur zu qualifizieren, die Abkapselung von der Umwelt. Intensive Kontakte zur ihr sind elementar, tragen sie doch dazu bei, Ressentiments ab- und Sympathien aufzubauen und wechsel-



seitige Lernprozesse in Gang zu setzen. „Existieren dagegen Brückenköpfe zur Mehrheitsgesellschaft, sind die Eliten der Parallelgesellschaft und der Mehrheitsgesellschaft dialogfähig, dann – und wohl nur dann – lassen sich integrative Möglichkeitsfenster öffnen.“⁴⁶

Ein gutes Beispiel und ein außerordentliches Novum eines solchen „Brückenkopfes“ stellt die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, der christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden zusammen mit dem Koordinierungsrat der Muslime zur Erinnerung an den Holocaust⁴⁷ dar, ist doch Antisemitismus bisher integraler Bestandteil des Islams gewesen.

Ein wichtiger Beitrag zur Verhinderung religiös geprägter und abgeschotteter Subkulturen ist, ihnen die Definitions Gewalt über die Auslegung der Religion zu nehmen. So wird in Niedersachsen seit 2003 islamischer Religionsunterricht im Rahmen eines Schulversuchs an mittlerweile 26 Grundschulstandorten angeboten. Im laufenden Schuljahr nehmen über 1.400 Schülerinnen und Schüler daran teil. Mit diesem Schulversuch wird das Ziel verfolgt, Muslimen ein Religionsangebot zu machen, das der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entspricht. Durch die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen über die eigene und fremde Religion(en) können sie zu einer mündigen Glaubensentscheidung erzogen werden⁴⁸.

„Der Islam“ ist in der öffentlichen Wahrnehmung auf Zwangsheirat, Ehrenmorde, fundamentalistische Hasstiraden, Selbstmordattentate und Frauenunterdrückung reduziert worden⁴⁹. Seine Integrationsfähigkeit wird bezweifelt. Dabei sind drei Millionen Muslime mittlerweile ein Teil der deutschen Gegenwart, denn der Islam ist mit allen seinen Facetten in Deutschland angekommen. Mittlerweile gehe es nach Meinung von Prof. Dr. Neumann, Institut für Theologie bei der Universität Hannover, nicht mehr um die Frage der Integration einer Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft, sondern um die Frage, „wer sind wir und wer wollen wir sein.“ Wenn der Islam selbst nicht „eingebürgert“ wird, dann werden sich die dargestellten Parallelgesellschaften



verfestigen und eine Gefahr für unsere Demokratie darstellen, so „müsste man die Warnung vor einer Abschottungsfalle sehr ernst nehmen: verschärfte sozioökonomische Ausgrenzung könnte Teile der Muslime auf die Insel einer dialogunwilligen, dogmatischen Religion zurückdrängen.“⁵⁰

Meike Rösemann,
*Studentin der Sozialen Arbeit
an der Fachhochschule*

Wolfenbüttel-Braunschweig;
Wolfgang Rösemann,

*Kriminaldirektor,
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Integration*

- 1 vgl.: <http://www.tagesschau.de/inland/meldung34348.html>
- 2 vgl. http://www.marktundmittelstand.de/nachrichten/politik/detail/index.php?newsID=%2Fnachrichten%2Fmeldungen%2F2008_02%2F19_mar_aus_1%2Findex.php
- 3 Mustafa Kemal, genannt Atatürk, 1881 – 1938; Gründer der türkischen Republik; seine Politik und seine Reden wurden nach seinem Tode zur offiziellen Staatsideologie (Kemalismus)
- 4 vgl.: Seufert, Günter, und Kubaseck, Christopher: „Die Türkei – Politik – Geschichte – Kultur“; erschienen in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 556, Bonn 2006, S. 91, 145
- 5 vgl.: Yonan, Gabriele: „Einheit in der Vielheit – Weltreligionen in Berlin“; Die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Berlin (Jahr unbek.), S. 75
- 6 vgl.: www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_auslaenderextremismus/
- 7 veröffentlicht im Internet: www.tgs-h.de/deutsch/stellungnahmen/lebenssituation.html (Abfrage am 19.11.2008)
- 8 Kelek, Necia: „Kaum noch Kontakt“, erschienen in der Zeitschrift „Wirtschaftswache“ Heft 10/2006; S. 48 f.
- 9 Pinn, Irmgard: „Verlockende Moderne? – Türkische Jugendliche im Blick der Wissenschaft“; Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung; Duisburg, 1999; S. 6 f.
- 10 Der Koran enthält 114 Suren.
- 11 So z. B. „styleislam.com“ oder „muslim-shirt.de“
- 12 So z. B. bei „www.muslim-markt.de“
- 13 Auskünfte dazu findet man z. B. auf der Homepage www.halal.de
- 14 vgl. Müller, Jochen; Nordbruch, Götz; Berke Tataroglu: „Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus“; herausgegeben von der Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage; Berlin, 2008; S. 8 ff.
- 15 Brettfeld, Katrin und Wetzels, Peter:

„Muslime in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt“; Universität Hamburg, Fakultät für Rechtswissenschaft, Institut für Kriminalwissenschaften, Abteilung Kriminologie; Hamburg; herausgegeben vom Bundesinnenministerium des Inneren, Berlin 2007; S 493

- 16 aus: Stiftung Zentrum für Türkeistudien: „Perspektiven des Zusammenlebens: Die Integration türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen“; Essen 2007; S. 94
- 17 vgl.: Bozay, Kemal: „... ich bin stolz, Türke zu sein! – Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung“, Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts., 2005, S. 8
- 18 vgl.: Endnote 19, S. 182
- 19 vgl.: Walter, Franz, „Integration – Eingliederung durch Abschottung“, In: Zeit online (www.zeit.de/online/2008/07/parallelgesellschaften)
- 20 vgl. Endnote 19, S. 98 ff
- 21 vgl.: Solms-Laubach, Franz: „Integration gescheitert“, in: Welt am Sonntag, Ausgabe Nr. 4 vom 25.01.2009, S. 5
- 22 vgl. Endnote 19, S. 184 ff
- 23 Interview mit der Frauenrechtlerin Serap Çileli mit dem Titel „Ehrenmord – Frauenrechtlerin fordert mehr Mut von Deutschen“ von Eva Eusterhus in welt-online (www.welt.de/hamburg/article2016340/Frauenrechtlerin_fordert_mehr_Mut_von_Deutschen.html; 20.05.2008; 17.42 h)
- 24 „So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“ (Matthäus 22, 21)
- 25 vgl.: Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration (Hg.): „Verfassungsschutzbericht 2007“, Hannover, 2008; S. 17 f.
- 26 A.a.O., S. 38
- 27 Ausgabe vom 25.07.2007, S. 12; zitiert nach: Bundesinnenministerium (Hg.): „Verfassungsschutzbericht 2007“, Berlin, 2008; S. 222
- 28 Millî Gazete, Ausgabe vom 14.09.2007, S. 2; zitiert nach: Bundesinnenministerium (Hg.): „Verfassungsschutzbericht 2007“, Berlin, 2008; S. 226
- 29 A.a.O., S. 228 ff
- 30 Redetext im Internet veröffentlicht unter: <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/180/157758/>
- 31 vgl.: Internetveröffentlichung auf dem Portal der Braunschweiger Zeitung <http://www.newslick.de/index.jsp/menueid/2162/artid/7029810> (Stand 21.07.08; Abfrage vom 17.11.2008)
- 32 vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): „Verfassungs-

schutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2007“; Düsseldorf, 2008; 197 ff.

- 33 vgl.: Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration (Hg.): „Verfassungsschutzbericht 2007“, Hannover, 2008; S. 19 f
- 34 vgl.: <http://www.islamschule.de/out/home.php>
- 35 vgl. Anm. 17, S. 11
- 36 vgl.: New York Police Department Intelligence Division (Hg.): „Radicalization in the West: The Home-grown Threat“, New York, 2007; zitiert nach: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hg.): „VS-Aktuell“, Stuttgart, Ausgabe 12/2007
- 37 vgl.: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hg.): „VS-Aktuell“, Stuttgart, Ausgabe 03/2008
- 38 vgl.: Internetveröffentlichung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: <http://www.faz.net/s/RubF9F74E867B46C1A180E8E1E1197DEE/Doc~E511A4C749F34406FA368113692AB478E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- 39 vgl.: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): „Asyl in Zahlen 2007“, Nürnberg, 2008; S. 24
- 40 vgl.: <http://www.navend.de/html/kurden/migration.htm> (Abfrage am 11.12.2008)
- 41 vgl.: Bundesministerium des Innern (Hg.): „Verfassungsschutzbericht 2007“; Berlin, 2008; S. 250
- 42 „YEK-KOM Bültten“; Ausgabe 4 aus August 2008, S. 28 f.
- 43 Gebietsebene des KONGRA GEL
- 44 Ciwan n Azad Nr 25, Juni 2008, S. 2, 30 ff.
- 45 vgl.: Jesse, Eckhard: „Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus“; in: Bundesministerium des Innern (Hg.): „Feindbilder und Radikalisierungsprozesse – Elemente und Instrumente im politischen Extremismus“, Berlin, Juni 2005; S. 13 f.
- 46 vgl.: Anmerkung 22
- 47 Laschet, Armin: „Deutsche Muslime und der Holocaust“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 19.11.2008
- 48 vgl.: Protokoll der 4. Plenarsitzung der 16. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages, S. 382 ff.
- 49 vgl.: Die Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen (Hg.): „Betrifft: Religion – Die Gretchenfrage der Integration“, Hannover, 2006; S. 450 A.a.O.; S. 750 A.a.O.; S. 7



Ohne Papiere nichts zu machen?

Wie halten es die Länder mit der Abschiebung illegal eingereister Straftäter?

Es ist schon wie eine Gebetsmühle: Immer wieder malt Bundesinnenminister Schäuble das Bild vom starken Staat, der ruchlose ausländische Straftäter konsequent abschiebt. Klingt gerade aus seinem Munde überzeugend, aber: Damit ist die Macht des gerade gesprochenen Wortes auch schon erschöpft. Zum Einen, weil der Bund für die Abschiebung überhaupt nicht zuständig ist, zum Anderen, weil diesem markigen Solo im föderalen Abschiebe-Shanty der vom Chor der zuständigen Landesinnenminister zu tragende Refrain nur in einem Piano nahe der Hörschwelle nachhallt.

Die Praxis der mit solchen Fällen befassten Kolleginnen und Kollegen vor Ort sieht meistens so aus: Nach oft mühseligen Ermittlungen wird der Straftäter ausfindig gemacht, und – so Gott und die Justiz dies wollen – auch verurteilt. Und dann? Wenn es um einen Ausländer geht, wird der Fall ordnungsgemäß an die zuständige Ausländerbehörde weitergeleitet. Deren Sache ist es dann, sich um die avisierte Abschiebung zu kümmern. Dies erfolgt im mühsamen Kleinkrieg mit der Tücke des rechtlichen Objekts. Denn: Viele der Straftäter reisen schon mit der Absicht nach Deutschland ein, hier vorher geplante Straftaten auszuüben. Die Einreise in die EU oder gleich ins Zielland Bundesrepublik erfolgt deshalb – zweckmäßigerweise – ohne eigene Ausweispapiere (professionelle Schlepperbanden machen es möglich) oder doch wenigstens mit falschen Papieren. Echte Papiere werden von diesen Profipersonen-Importeuren schon in sicherer Entfernung vernichtet oder für weiteren Gebrauch überarbeitet.

Das Ergebnis ist in beiden Fällen gleich: Ohne Mithilfe der abzuschiebenden Person ist es für die Ausländerbehörden sehr schwer (bis mitunter unmöglich), die wahren Personalien von Tätern oder Verdächtigen zu ermitteln, da diese sich in Sachen Mitwirkung konsequent zurückhalten. Damit erledigt sich meistens die Frage nach dem Herkunftsland und somit die Ziellanschrift für die Abschiebung. Der Verwaltungsakt endet deshalb in schöner Regelmäßigkeit nicht mit der vorgesehenen Abschiebung, sondern mit der so begehrten Duldung und damit, dass diese Personen letztlich weiterhin Straftaten im Lande ihrer Wahl ausüben können. Bei Haftbedingungen, die, gemessen am Lebensstandard in den Heimatländern der Täter,

oft eher einer privilegierten Unterkunft und kostenloser Verpflegung mit Gesundheitsfürsorge entsprechen, fühlen sich die Täter durchaus schon angekommen. Bescheiden sich die Täter auf Kleinstkriminalität werden, wegen der hierzulande üblichen Verhältnismäßigkeitskriterien u. a. wegen des Aufwandes des internationalen PFV die Abschiebungsverfahren erst gar nicht eingeleitet.

Dabei wäre – bei gutem Willen – auch eine andere Lebenswirklichkeit möglich. Es liegt m. E. offensichtlich nicht an der Gesetzeslage sondern am politischen Willen der jeweiligen Innenminister, ob die Rechtsfolge Abschiebung tatsächlich genutzt bzw. konsequent durchgesetzt wird.

Die Alternative

In Hessen gibt es den kriminalstatistischen Brennpunkt Frankfurt am Main, wo Ausländerbehörden und Polizei sehr erfolgreich zusammenarbeiten.

Ausländische Intensivtäter verhalten sich hier wie Bumerangs mit Chamäleon-Eigenschaften: Kaum weg, tauchen sie mit neuer Identität wieder auf, die Gesichter sind bald einschlägig bekannt, ihre wahren Personalien bleiben dagegen zunächst im Dunkeln.

Hier hilft das beim BKA angesiedelte Instrument „Internationales Personenfeststellungsverfahren (PFV)“. Ein kurzer, standardisierter Vordruck reicht aus, um die erforderlichen Ermittlungen auszulösen. Die Trefferquote der Spezialisten ist hoch, sie liegt annähernd bei 80 Prozent der eingeleiteten Personenfeststellungsverfahren. Als Ausgangdaten reichen in der Regel Fingerabdrücke, Fotos, Kopien von vorhandenen Dokumenten (Geburts-

urkunde, nationales Identitätsdokument, Zeugnis, Führerschein usw sowie Informationen über Verwandte, Wohnanschriften, Schulbesuche – eben alles was an Informationen vorliegt, wird an die anzufragenden IP-Stellen übersandt. Diese überprüfen ihre Sammlungen, vergleichen die Fingerabdrücke und befragen Verwandte.

Immerhin hält das BKA für die Personenfeststellung im Ausland (derzeit noch) gleich ein ganzes Referat vor. Bislang wird dieses Verfahren zur Feststellung der Identität von Straftätern allerdings nur von Bayern und Berlin sowie dem Sonderfall Frankfurt/Main konsequent genutzt, um bei der Behandlung der penetranten Berufskriminellen den Grundsatz „Abschiebung vor Duldung“ durchsetzen zu können.

Die anderen Bundesländer scheuen offenbar weder Kosten noch Mittel, für die Alimentierung ausländischer Straftäter in deutschen Haftanstalten bzw. durch Duldungsfolgekosten, statt Gelder für Polizeistrukturen bereit zu stellen, mit deren Hilfe über das BKA in den meisten Fällen die wahren Identitäten der Wiederholungstäter festgestellt werden könnten – die Voraussetzung für deren wirksame Abschiebung.

Obwohl über die bundesweit geltenden ed-Richtlinien (aufrufbar auch in Extrapol) unter Punkt 10.8 (Seite 13) die Durchführung des internationalen PFV geregelt ist und bekannt sein müsste. Jede ed-Dienststelle, die ja nach dieser Anweisung arbeitet, ist somit bekannt, dass das BKA das int. PFV durchführt.

Eine Zuwanderungspolitik mit Blick auf Anwerbung von Eliten mit Zukunftspotential für unsere Volkswirtschaft sieht anders aus.

Sparsame Nutzung kommt teuer zu stehen

Während Deutschlands Sicherheitspolitiker in Sonntagsreden diese Missstände – zu Recht – geißeln, drehen sie werktags klammheimlich die Stellräder in Sachen Kriminalitätsbekämpfung in die andere Richtung: Es wird gespart – insbesondere bei der Neueinstellung bzw. Nachbeset-



zung von frei werdenden Planstellen der Polizei: An der Schnittstelle von politisch-rechtlichem Anspruch und tatsächlichem Durchsetzungsvermögen also.

Unterm Strich führt diese Denke bzw. Einsparung zu immensen Mehrausgaben zu Lasten des Steuerzahlers an anderer Stelle. Insgesamt wendet der Staat zum Unterhalt dieser Täter also Summen auf, von den Sozialhilfe- und Harz IV-Empfänger nur träumen können.

Die penetranten „Zuwanderer“ schlagen jedoch nur auf den ersten Blick in Harz IV-Größenordnungen zu Buche. Tatsächlich aber wächst sich die Kostenseite solcher Fälle nicht selten zu Titeln aus, die locker zur Finanzierung eines stattlichen Einfamilienhauses reichen würde.

Hier nur eine knappe Aufzählung der Kostenposten, die sich in den in der Regel voluminösen Vorgangsakten verstecken: Rechtsanwalts honorare, Arztkosten, Dolmetscherkosten, Vorführungskosten (Reisekosten zu diversen Konsulaten und Botschaften um vergeblich wegen eines Rückreisepapiers vorzusprechen), Haft- und Abschiebehafkosten, Verwaltungskosten, Sozialhilfekosten usw. So kostet etwa jeder Tag Haft 72 Euro, die Rechtsanwälte schlagen mit 150 bis 190 Euro pro Stunde zu Buche und die Ärzte verlangen, weil die Täter nicht krankenversichert sind, gemäß GOÄ den 2,3 fachen Satz bei der Behandlung dieser Personengruppe.

Altbewährte polizeiliche Maßnahmen nutzen

Ein weiteres Problem scheint sich in diesem Zusammenhang zusätzlich herauszukristallisieren:

Vor lauter Fortschritt und Fixierung auf moderne Medien geraten altbewährte polizeiliche Maßnahmen wie etwa das Personenfeststellungsverfahren hierzulande zunehmend in Vergessenheit. Mit Hilfe der Fingerabdrücke bzw. des Fotos der inkriminierten Person als Grundlage kommt man bei Anfragen im Ausland schon recht weit. Angereichert mit Informationen über die Sprache (oder sogar den Dialekt) des verstockten Straftäters, der Zusammensetzung seines Freundeskreises usw. kommt man schnell auf eine eingrenzbar Staatengruppe. Die Recherchen im Ausland können beginnen.

Die in Frage kommenden ausländischen IP-Stellen werden mit diesen Daten gefüttert und die Fingerabdrücke auf Identität mit den Dateien von deren

Staatsbürgern abgeglichen. Grundlage sind die Interpolstatuten, in denen sich jedes Mitgliedsland zur Zusammenarbeit verpflichtet hat.

Die Fotos werden dann an die Polizei des Heimatortes weitergeleitet und dort den Eltern, Geschwistern, sonstigen Anverwandten oder dem Dorfältesten/Bürgermeister zur Anerkennung vorgelegt.

Die Anerkennung, idealerweise verbunden mit einer Bestätigung des Geburtseintrages beim Standesamt, ergibt das Ergebnis der Personenfeststellung und führt in Deutschland dazu, dass Fahndungen dieser Person zugeordnet werden können sowie zur Ausstellung von Rückreisedokumenten durch Botschaften oder Konsulate.

Einmal mit den Fingerabdrücken hierzulande über das Personenfeststellungsverfahren identifiziert, rentiert sich die Einreise nicht noch einmal, weil ab dann über die Fingerabdrücke gleichzeitig auch die Rückreiseadresse ausgeworfen wird.

Unkompliziert BKA-Service nutzen

In den vergangenen vier Jahren hat sich das Antwort- sowie das Antwort-Zeit-Verhalten der IP-Partner des BKA dank der Nutzung moderner und schneller Medien weltweit sogar stark verbessert. Selbst exotische Zieladressen liefern nun in vertretbarer Zeit positive Ergebnisse, die dann die umgehende Durchführung von justiziablen Abschiebungen ausländischer Straftäter in ihre Heimatländer ermöglichen.

Jüngst wurde auf einer Bund-Länder-Tagung ein neues, einseitiges Antragsformular entwickelt, das es ermöglicht, auf unkomplizierte Art und Weise diesen Service des Bundeskriminalamtes in Anspruch zu nehmen. Das Formular kann durch die Basisdienststellen beim BKA Wiesbaden, ZD 24, oder den LKÄ angefordert werden.

Süffisant grinsende Straftäter dieser penetranten Art müssen nicht länger geduldet werden, ihre Abschiebung ist möglich. Der Wiederholungsfall mit langen Aufenthalten in staatlichen Einrichtungen im Wirtschaftswunderland oder (Dauer)Duldung wird nach der gründlichen Erstermittlung/erfassung zum teuren Hochrisikoabenteuer für die ungebetenen Gäste.

gum

Arbeitszeit-richtlinie bleibt

Das Vermittlungsverfahren zwischen Europäischem Parlament und dem Rat der Arbeits- und Sozialminister zur Änderung der Arbeitszeit-Richtlinie ist endgültig gescheitert.

Gescheitert ist das Vermittlungsverfahren vor allem am kompromisslosen Festhalten der Arbeitsminister am individuellen „opt-out“, mit dem sich Arbeitgeber von einer Begrenzung der durchschnittlichen wöchentlichen Höchstarbeitszeit „freikaufen“ können.

Strittig waren bis zuletzt auch die Fragen der Bewertung von Bereitschaftszeiten und der Einhaltung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit bei mehreren Arbeitsverträgen. Für viele Beschäftigte, darunter insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen in den geschlossenen Einheiten, hätte sich die Einführung einer so genannten „passiven“ Bereitschaftszeit, also einer Zeit, in der sich der Beschäftigte auf Geheiß des Arbeitgebers an einem bestimmten Ort aufhalten muss, ohne dass jedoch aktuell eine Arbeitsleistung abgefordert wird (Reisezeiten, Ruhezeiten im Einsatzraum, etc.), nachteilig ausgewirkt. Eine diesbezügliche Verschlechterung der Richtlinie durch die vom Rat vorgesehene Aufweichung des Arbeitszeitbegriffs (Nichtanerkennung des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit) konnte also verhindert werden.

Das EP hatte bis zuletzt um Kompromisslösungen gerade beim individuellen opt-out gerungen. Die Möglichkeit für die Mitgliedsstaaten, dieses uneingeschränkt zu nutzen und so den Mindeststandard über die wöchentlichen Höchstarbeitszeit in ihrem nationalen Recht nicht anzuwenden, bleibt so weiter bestehen. Es ist zu befürchten, dass noch weitere Staaten von dieser Option Gebrauch machen werden (z. Zt. 15 von 27).

Die EU-Richtlinie aus 2003 gilt also unverändert weiter (2003/88/EG). Verbesserungen des europäischen Mindeststandards zur Arbeitszeit sind damit in weite Ferne gerückt. Für die Fähigkeit der europäischen Institutionen zu einem guten Kompromiss zu kommen, der das Mindestschutzniveau in Europa verbessert, und für die europäische Sozialpolitik ist dies insgesamt kein gutes Signal. Zumal zu erwarten ist, dass der EU-Ministerrat in absehbarer Zeit einen erneuten Anlauf gegen die Arbeitszeitrichtlinie – dann den dritten – unternehmen wird. hjm





Soziale Barrieren abbauen – Bildungstreik



Schüler und Studenten demonstrierten am 16.6.2009 in der Innenstadt von Gießen gegen die Bildungspolitik. Rund 700 Teilnehmer gingen für bessere Lehr- und Lernbedingungen auf die Straße. Die Aktion war Teil der bundesweiten Protestwoche „Bildungstreik 2009“.

Foto: Rolf K. Wegst/dpa

Zum Bildungstreik im Juni 2009 haben die Junge Gruppe und die DGB-Jugend einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt, der die Grundlagen einer nationalen Bildungsstrategie beschreibt. „Wir streiken für die Bildung, weil wir ein sozial gerechtes und qualitativ gutes öffentliches Bildungswesen brauchen. Ohne Bildung können wir weder Chancengleichheit noch wirtschaftlichen Wohlstand erreichen“, sagte DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Bildung zu privatisieren oder die Kosten auf Einzelne abzuwälzen könne keine Alternative zu einem zukunftsfähigen Bildungswesen sein. Das gelte auch für die von Unternehmen finanzierten und kontrollierten Eliteeinrichtungen, betonte Rudolf: „Der Trend zu einem abgeschotteten privaten Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft. Das beginnt beim Luxus-Kindergarten und reicht bis zur privaten Hochschule.“

Die DGB-Jugend begrüßt die Ziele des Bildungstreiks 2009, der sich für ein

sozial gerechtes und qualitativ gutes öffentliches Bildungswesen einsetzt. Denn ohne die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung lassen sich soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand in Deutschland nicht erreichen.

Fast alle nationalen und internationalen Vergleichsstudien stellen dem deutschen Bildungswesen ein miserables Zeugnis aus: Die Zahl der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss ist erschreckend hoch. Hauptschüler haben nach wie vor kaum Chancen, direkt einen Platz in Ausbildung und Beruf zu ergattern. Migrantinnen und Migranten sind die Verlierer unseres Bildungswesens. Sie verlassen die Schule doppelt so häufig wie ihre deutschen Mitschülerinnen und -schüler ohne Abschluss. Fast eine halbe Milli-



on Jugendliche „verschwindet“ im Übergangssystem zwischen Schule

und Beruf – die meisten von ihnen in Warteschleifen ohne Chance auf eine qualifizierende Ausbildung. Gleichzeitig gelingt es nicht, signifikant mehr Jugendliche für ein Studium zu qualifizieren. Menschen ohne Abitur, die sich im Berufsleben bewährt haben, bleiben die Türen zu den Hochschulen allzu oft verschlossen. Trotz Nachholbedarfs sind die Budgets in der Weiterbildung in den vergangenen Jahren drastisch gekürzt worden. Der Abstand zu internationalen Anforderungen wächst.

Wer Bildungsarmut bekämpfen will, muss soziale Barrieren abbauen. Der Staat muss ein exzellentes Bildungswesen für alle Menschen sichern und finanzieren. Bildung zu privatisieren oder die Kosten mehr und mehr auf die oder den Einzelnen abzuwälzen, kann ebenso wenig eine Alternative zu einem zukunftsfähigen Bildungswesen sein wie von Unternehmen finanzierte und kontrollierte Eliteeinrichtungen. Der Trend zu einem abgeschotteten privaten Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung in der Gesellschaft.

Deutschland braucht eine gemeinsame nationale Bildungsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen. Hierfür schlägt die DGB-Jugend zehn Punkte vor:

1. Bildungsarmut bekämpfen.
2. Privatisierung verhindern und Gebühren abschaffen.
3. Ganztagsangebote ausbauen.
4. Kindergärten verbessern.
5. Eine gute Schule für alle Kinder einführen.
6. Das Grundrecht auf Ausbildung sichern.
7. Hochschulen sozial öffnen.
8. Weiterbildung solide finanzieren.
9. Gute Bildung und gute Arbeit im Bildungswesen gehören zusammen.
10. Mehr Geld in Bildung investieren.

Die gesamte Erklärung steht hier zum Download: www.dgb-jugend.de



„Woche für Gewerkschaftsjuniorinnen und -junoren der SPD-Bundestagsfraktion“



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jungen Gruppe mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck: v.l. Karina Weißflog, Enrico Strencioch, Anna Dörr, Klaus Bussat, Peter Struck, Hinrich Heidemann, Nicole Marhöfer, Tina Saxler und Kathleen Faust. Foto: JG

An der diesjährigen Woche für Gewerkschaftsjuniorinnen und -junoren der SPD-Bundestagsfraktion nahmen acht Mitglieder der Jungen Gruppe aus verschiedenen Bundesländern teil. Sie begleiteten eine Woche einen SPD-Bundestagsabgeordneten aus ihrem Bundesland durch die verschiedenen Ausschüsse und Gremien des Bundestags und bekamen so einen Einblick in die parlamentarischen Abläufe und Gepflogenheiten. Herausragend war die Teilnahme an der SPD Fraktions-sitzung sowie der Bundestagssitzung zum 60-jährigen Bestehen des Grundgesetzes. Interessante Diskussionen mit Finanzminister Peer Steinbrück, Arbeitsminister Olaf Scholz, der Sprecherin der SPD Fraktion Andrea Nahles, der Parlamentarischen Geschäftsführerin Ute Kumpf und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck ermöglichten es den Mitgliedern der Jungen Gruppe sie betreffende Fragen zu stellen.

Kirchentag 2009 – Junge Gruppe war cool ohne Alkohol



Gemeinsam mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg warben Jochen Zeng und Sascha Göritz für die Positionen der Jungen Gruppe.

Die Junge Gruppe war cool ohne Alkohol. Auf dem 32. Evangelischen Kirchentag in Bremen hat die Junge Gruppe für ihre Positionen (DP 5/09) geworben. Die Flyer und Plakate der Jungen Gruppe zu ihrer gleichnamigen Aktion wurden von den Besucherinnen und Besuchern des Kirchentages gern genommen.

„Das nehme ich meinem Sohn mit“, sagte eine Mutter oder „Da wird Tim nicht schlecht gucken“, sagte eine Freundin, wo sich Tim am Abend bestimmt mit dem Thema auseinandersetzen musste. Auch Jungen sagten, das ist eine coole Aktion. Jugendliche berichteten, dass sie es blöd fänden, dass auf einer Party nach einer Stunde nichts mehr los ist, dann sind nämlich die meisten sinnlos besoffen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jungen Gruppe am Kirchtag waren zufrieden. Ihr Ziel, das Thema Umgang mit Alkohol in unsere Gesellschaft zu tragen, wurde voll erreicht.

Auch die neu gestalteten Ausweise der Kinderpolizei wurden gern für den Nach-

wuchs zu Hause in die Tasche gesteckt. Die Junge Gruppe freut sich auf den 2. Ökumenischen Kirchentag in München 2010.



Jochen Zeng bekam viel Zuspruch für die Aktion „Sei cool ohne Alkohol“ von den jungen Besucherinnen und Besuchern des Kirchentages. Fotos: JG

IMPRESSUM

Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP)
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 105
Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sascha Göritz

Redaktion:
Fanni Schneider, Marc Behle



Einsatzkompetenz

– Entwicklung und empirische Überprüfung eines psychologischen Modells operativer Handlungskompetenz zur Bewältigung kritischer Einsatzsituationen im polizeilichen Streifendienst –

Einsatzsituationen im täglichen Polizeidienst sind immer auch Risikosituationen. Selbst Routinemaßnahmen können in schwierige bis lebensbedrohliche Lagen umschlagen. Um solche kritische



Situationen zu bewältigen, reicht es nicht, wenn die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auf allgemeine fachliche, persönliche und soziale Kompetenzen zurückgreifen kann. Sie brauchen zusätzliche Ressourcen,

die in dieser Arbeit mit dem Begriff der Einsatzkompetenz umschrieben und in einem psychologischen Modell operativer Handlungskompetenz ausformuliert werden.

Eine zentrale Aussage des Modells, nämlich dass Einsatzkompetenz in interaktiven Einsatztrainings erlernbar ist, wurde experimentell überprüft. Es konnte gezeigt werden, dass Einsatztrainings (hier: das PE-Training der Bayerischen Polizei) tatsächlich einsatzkompetentes Handeln fördern. Die Effekte des Trainings sind auch nach einigen Monaten noch nachweisbar, wenn auch in geringerem Maße als wenige Tage nach dem Training. Den größten Nutzen aus dem

Training ziehen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit Defiziten oder Unsicherheiten im Einsatzverhalten. Inwieweit zusätzliche mentale Übungen den Lernerfolg steigern, konnte empirisch noch nicht geklärt werden. Polizeipsychologisch wird empfohlen, Einsatztrainings verstärkt in die Aus- und Fortbildung zu implementieren.

Einsatzkompetenz, Hans Peter Schmalzl, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2008, 310 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-86676-043-1

Arbeitsrecht digital

Die digitalen Kommentierungen bieten prägnante und gut verständliche Erläuterungen zu allen wichtigen Arbeitsgesetzen – ergänzt durch viele Praxishinweise für Interessenvertreter. Verzicht auf wissenschaftlichen Ballast, eine klare Gliederung, viele Zwischenüberschriften und optische



Hervorhebungen sowie zahlreiche Übersichten kennzeichnen die Darstellungen, die auch ohne juristisches Vorwissen verständlich sind.

Die zitierten Urteile und Gesetze sind durchweg verlinkt. Die Inhalte der Kommentierung entsprechen dem im Oktober 2008 erschienenen Buch mit 1.400 Seiten Umfang. Besonders interessant: Für alle Bezieher von „Betriebsratswissen digital“ entsteht durch das Einrichten von „Arbeitsrecht digital“ ein echtes Betriebsräte-

portal: Der neue Kommentar integriert sich in die Software und ermöglicht die Recherche über den kompletten Datenbestand.

Arbeitsrecht digital, Kompaktcommentar zum Individualarbeitsrecht – CD-ROM ohne Fortsetzung, Bund-Verlag, 2009, 1. Auflage, 98 Euro, ISBN 978-3-7663-8154-5

Auf der Suche nach neuer Sicherheit

Die Terroranschläge in New York, Madrid und London gaben in fast allen westlich orientierten Staaten den symbolischen Katalysator ab, mit dem weit reichende Veränderungen der Politik der Inneren Sicherheit legitimiert wurden und immer noch werden.

Der vorliegende Band nimmt dies zum Anlass, den Prozess der Herstellung Innerer Sicherheit in Deutschland einer aktuellen Analyse zu unterziehen und die wichtigsten Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Inneren Sicherheit zu reflektieren.

Auf der Suche nach neuer Sicherheit – Fakten, Theorien und Folgen, Hans-Jürgen Lange, H. Peter Ohly, Jo Reichertz, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, 2009, 435 Seiten, 49,90 Euro, ISBN 978-3-531-16716-9



Deutsche

Polizei

Nr. 7 • 58. Jahrgang 2009 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel – Fotos: dpa

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bodo Andrae
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009



Druckauflage dieser Ausgabe:
172.972 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

